

# Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Ostpreußen-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achteckige Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährlich von 1. bis 15. 5. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechanhänge: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

## Japans Raubzug

Seit einigen Tagen wird Europa wieder mit Greuelnachrichten aus China gespeist, deren Ursachen ja genügend bekannt sind. Japan ist auf chinesisches Gebiet einmarschiert, um japanischen Bürgern Schutz zu gewähren, die angeblich durch den Vormarsch der Südruppen unter Tschiang-kaischeks Führung gefährdet sind. Und es heißt in Nachrichten aus London, daß die Befehlshaber der chinesischen Südruppen ihre Armee nicht in der Hand haben, daß diese morden und plündern und auch die internationale Zone der Großmächte gefährden. In Wirklichkeit hat Japan seine Kriegsschiffe und Truppen in Bewegung gesetzt, um den Vormarsch Tschiang-kaischeks aufzuhalten, der im Begriff ist, auf Peking vorzustoßen, um dort der Nordarmee Tschiang-kaischeks den militärisch und verkehrstechnisch wichtigsten und befestigten Punkt Tsinanfu bezuhen, welcher außerhalb der internationalisierten Zone liegt, drängen die japanischen Truppen vor, um den Vorstoß der Südruppen aufzuhalten und benutzen einige Uebergriffe der Südruppen, um erklären zu können, daß sie nur das Eigentum der japanischen Staatsbürger schützen wollen. Man plant aber einen Raubzug auf chinesisches Gebiet, dessen Ende nicht abzusehen ist.

Die Chinesen sind in mehrere Lager gespalten, führen seit etwa 10 Jahren einen unterbrochenen Bürgerkrieg, den besonders die Großmächte unterstützen, um ihre sogenannten Konzessionen aufrecht zu erhalten. Besonders die Provinz Schantung ist es, in der sie ihre Reservatrechte verteidigen. Und als England vor einigen Monaten sein Gebiet sicherte, glaubten auch die Japaner ihr Konzessionsgebiet militärisch sichern zu müssen, greifen aber darüber hinaus und führen Krieg gegen die Nanjingregierung, die im Begriff ist, auf Peking vorzustoßen. Man beachte, daß die Japaner Krieg führen, ohne eine Kriegserklärung, daß sie nicht mehr auf dem Gebiete des Reservatrechts verbleiben, sondern Kampfhandlungen auf rein chinesischem Gebiet führen. Es ist das Unglück Chinas, daß es bisher zu keiner Einigung gelang und daß die Großmächte, je nach Bedarf, diesen oder jenen Räubergeneral unterstützen. Noch vor einigen Wochen, als Tschiang-kaischeks Stern im Untergang begriffen war und die Südruppen gute Fortschritte machten, war Japan bereit, seinen Schützling Tschiang-kaischek zu lassen und mit der Nanjingregierung ein Abkommen zu treffen. Die Nanjingregierung scheint aber nicht zu jenen Konzessionen bereit gewesen zu sein, die man erwartet hatte und als Tschiang-kaischeks Truppen den befestigten Verkehrspunkt Tsinanfu erreichten, griffen die Japaner ein. Die Folge war die Entwaffnung chinesischer Truppen und ein Massaker unter den revolutionären Chinesen mit allen Begleiterscheinungen, wie wir sie aus dem Verlauf der chinesischen Bürgerkriege kennen. Und alles nur, um den alten Räuber Tschiang-kaischek zu schützen, der mit Hilfe der europäischen Mächte Peking und damit den größten Teil Chinas in der Hand hat und hier als Sachwalter des Imperialismus gilt. Er war ja schon bereit, sich nach einem wechselvollen Kriegesglück zum Diktator ausrufen zu lassen, doch machten die Fortschritte der Südruppen, der revolutionären Armeen, diesen Wünschen ein rasches Ende.

Man muß wissen, daß Tschiang-kaischek schon seit Jahren im japanischen Solde steht und gewissermaßen der Sachwalter Japans in der Mandschurei war. Man täte besser daran, Tschiang-kaischek als das zu benennen, was er wirklich ist, ein Räubergeneral und ein bezahlter Knecht der Imperialisten, vor allem Japans und der ausserhalb ist, die Einigung Chinas zu hintertreiben. Der Vorstoß Japans ist aber nicht geeignet, die chinesische Nationalrevolution aufzuhalten, er bedeutet nur einen Aufschub und schärfere Kriegshandlungen, deren Ausgang unsicher ist. Zweifellos will Japan im Augenblick nur Tschiang-kaischek zu Hilfe kommen, denn es ist nicht gut möglich, daß es sich über jedes Völkerrecht hinwegsetzt, um neue chinesische Gebiete zu erobern. Inzwischen haben aber auch die Südruppen die Japaner empfindlich geschlagen und sollen mit japanischen Staatsbürgern nicht gerade nachsichtig sein, was nach dem Eingriff der Japaner als eine kriegführende Macht gegen China, in diesem Falle durchaus verständlich ist. Und nun folgen die gegenseitigen Noten, die ja unseren Lesern bekannt sind. Was Japan plant, ist nicht durchaus klar, es ist ebenso gut möglich, daß es eingegriffen hat, um von den Südruppen, also von der Nanjingregierung bessere Verträge zu erhalten. Wird aber das Kriegesglück weiter auf Seiten Tschiang-kaischeks stehen, dann ist zu erwarten, daß es zu keiner Einigung zwischen Japan und dem Süden kommt und dann wird es zu einem offenen Kriege kommen, der im Augenblick wenig wahrscheinlich ist. Auf alle Fälle ist wieder eine kritische Situation entstanden, welche die chinesischen Wirren nur noch unklarer gestaltet. Es heißt, daß Japan im Begriff ist, weitere Truppen nach den Kampfgebieten zu entsenden und daß es die Note der Nanjingregierung nicht beantworten will. Die nächsten Tage werden zeigen, welche Entwicklung die Ereignisse in China nehmen werden. —II.

## Standrecht in Rumänien

Der Marsch der Bauern auf Bukarest — Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Militär — Manius Reise verschoben — Bratianu Herr der Lage

Belgrad. Nach Meldungen aus Bukarest sind sämtliche ausländischen Journalisten, die sich mit dem Präsidenten der Nationalen Bauernpartei, Maniu, und den Bauernmassen aus Karlsburg nach Bukarest begeben wollten, an die Grenze abge-schoben worden. Weitere Meldungen besagen, daß es in Bukarest zwischen Militär und Bauern zu Zusammenstößen gekommen sei. Truppen seien in Bereitschaft und hätten alle nach Bukarest führenden Straßen besetzt, um den Anmarsch der Bauernmassen zu verhindern. Ueber Bukarest sei das Standrecht verhängt worden. Die Regierung hoffe, noch in letzter Stunde der Lage Herr zu werden.

Maniu, der im Automobil von Karlsburg nach Bukarest abfuhr, um dort die Beschlüsse des Landestongresses dem Regent-schaftsrat vorzulegen, ist von einer großen Schar seiner Anhänger auf Kraftautomobilen begleitet.

### Manius Bukarester Reise verschoben

Berlin. Die Morgenblätter geben amtliche Bukarester Berichte wieder, nach denen die letzten Teilnehmer des Bauern-tongresses in Karlsburg die Stadt in guter Ordnung verlassen haben. Die Regierung hatte ihnen auch Sonderzüge zur Verfügung gestellt.

Maniu hatte in letzter Stunde seine Bukarester Reise auf-geschoben, er dürfte erst in der Nacht vom Montag zum Dienst in der Hauptstadt eintreffen.

### Der Marsch der Bauern u. Bergarbeiter

Bukarest. Montag vormittags haben Bratianu und Duca dem Regentchaftsrat über die Karlsburger Ereignisse Bericht erstattet. Unterrichtsminister Tartarescu ist von Karlsburg nach den Bergwerksbezirken von Lupeni und Petrojeni gefahren, um dort eine Untersuchung darüber einzuleiten, warum die Bergarbeiter die Gruben verlassen haben und nach Karlsburg gekommen sind. Die Bergarbeiter von Petrojeni haben sich eines Eisenbahnzuges bemächtigt. Die Gendarmerie konnte die Abfahrt des Zuges nicht verhindern.

Infolge der Besetzung der Eisenbahnstrecke bei Teiul durch Anhänger der Nationalen Bauernpartei erleiden die aus Sie-benbürgen kommenden Züge große Verspätungen. Der Abg. Michalako, der heute nachmittags nach Bukarest zurückkehrte, gab im Klub der Nationalen Bauernpartei die Erklärung ab, daß die Beschlüsse von Karlsburg um jeden Preis verwirklicht werden sollen.

Die Hauptmacht der Bauern befindet sich z. Zt. in der Gegend von Deusch. Ihr Führer ist der Abg. Botu. Eine weitere Gruppe bewegt sich auf Hermannstadt zu. Eine dritte Ab-teilung der nationalen Bauern befindet sich noch immer in der Nähe von Karlsburg; sie ist von Militär umzingelt worden.

## Keine Zurückziehung japanischer Truppen

Unbefriedigte Antwort an die Nanjingregierung — Neue Kampfhandlungen — Anrufung des Völkerbundes

Tokio. Das japanische Außenministerium veröffentlicht eine Verlautbarung, in der es heißt, die Erklärungen der Nanjingregierung über die Uebergriffe der japanischen Truppen seien unbegründet. Solange der Feldzug gegen die japanische Belange in China nicht eingestellt werde, werde die japanische Regierung ihre Truppen nicht zurück-ziehen.

London. Nach Meldungen aus Schanghai hat General Tschiang-kaischek Tsinanfu verlassen, um die Angriffsbewegung gegen den Norden wieder aufzunehmen. Die japanischen Trup-pen sind damit wieder vollkommen Herren der Stadt und haben das Kriegsrecht verhängt, um eine Säuberung durchzuführen. Von Flugzeugen der Nordarmee ist Tsinanfu mit Bom-ben belegt worden.

Wie weiter aus Schanghai gemeldet wird, kündigte die Nanjingregierung an, daß sie die Angelegenheit der Zwischen-fälle in Tsinanfu dem Völkerbund unterbreiten werde.

In Canton machen sich Bestrebungen geltend, Tschiang-kaischek und den Außenminister für die Vorgänge in Tsinanfu verantwortlich zu machen. Trotz aller Warnungen hätten sie die 40. Armee, die vorwiegend aus Kommunisten besteht, den Streitkräften einverleibt. Die japanischen Verluste scheinen sich nun doch als geringer herauszustellen, als zunächst angenommen wurde. Das japanische Expeditionskorps hat 12 Tote und 29 Verwundete zu verzeichnen, während von Zivilisten 18 getötet sein sollen.

In Nanjing fand eine japanfeindliche Kundgebung statt. Alle japanischen Zivilisten haben an Bord der Schiffe Zuflucht gesucht. In Schanghai wird ein Streik aller Industrie-arbeiter zur Unterstützung der Boykottbewegung japanischer Waren eingeleitet.

Das japanische Kabinett beschäftigt sich nach Meldungen aus Tokio gegenwärtig mit der Entsendung von weiteren 15 000 Mann Truppen zum Schutze der Japaner in Schantung.

### Chinesische Empörung über Japan

London. Der Oberbefehlshaber der nationalistischen Streit-kräfte General Tschiang-kaischek hat von Tsinanfu aus an die Regierung in Nanjing ein Telegramm gesandt, in dem es heißt: Die japanischen Truppen haben uns ohne jeden Grund herausgefordert. Die Zahl unserer getöteten Beam-ten, Soldaten und Zivilisten beträgt mehr als 1000. Die Bosheit der Japaner übersteigt jede Beschreibungsmöglichkeit. Einer solchen Herausforderung kann ich mich nicht beugen."

Die chinesischen Zeitungen und Studentenverbände und selbst die chinesischen Handelskammern und die lokalen Beamten haben sich zusammengeschlossen, um die chinesische Öffentlichkeit gegen Japan mobil zu machen.

Ein Manifest der allgemeinen Handelskammer beschuldigt Japan, Truppen nach Schantung geschickt zu haben, in der aus-gesprochenen Absicht, den nationalistischen Vormarsch zum Stehen zu bringen und wirft den japanischen Truppen gleichzeitig vor, den Kommissar für auswärtige Angelegenheiten in Tsinanfu Kung-Chih, ermordet zu haben. Die Japaner hätten ihm die Augen ausgestochen und die Nase abgeschnitten.

Die Hauptquartiere der Shanghai- und Wusung- und die Stadtverwaltung von Schanghai veröffentlichten eine Proklama-tion in der es heißt, daß die Megeleien, Morde und andere Vergehen der japanischen Soldaten in Tsinanfu in stricktem Ge-gen-satz zu jeder Moral stehen und ohne Parallele in der Ge-schichte der internationalen Verbrechen darstünden.

### Iben Sauds verhandelt

London. Der König von Hedschra, Iben Sauds, ist von Medina kommend in Tschidda eingetroffen, wo er mit dem britischen Unterhändler, Sir Gilbert Claph-ton, eine längere Unterredung hatte.



### Der „feuchte“ kommende Mann in U. S. A.

Alfred E. Smith, Gouverneur des Staates Newyork und Führer des abstinenzfeindlichen Flügels der Demokraten, hat bei den Urwahlen in Kalifornien einen entscheidenden Sieg errungen. Damit hat er die größte Anwartschaft auf den Posten des Prä-sidenten der Vereinigten Staaten.



## Rußland fordert die Auslieferung des Attentäters

Warschau. In der Protestnote, die der hiesige russische Gesandte anlässlich des Anschlages auf Liszarski am Sonntag dem polnischen Außenminister überreichte, wird die Auslieferung des Attentäters Wojciechowski an Rußland mit der Begründung verlangt, daß Beweise dafür vorlägen, daß der Anschlag gegen den Gesandten selbst geplant gewesen sei.

Die Untersuchung unter den russischen Emigranten in Warschau, Bialystok, Wilna und verschiedenen anderen Städten wird fortgesetzt. Inzwischen sind noch drei weitere Personen verhaftet worden, so daß die Zahl der Verhafteten auf 16 gestiegen ist. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

## Pilsudski nimmt die Regierungsgeschäfte auf

Warschau. Montag fand zum ersten Mal während der jetzt 2½ Wochen andauernden Krankheit des Marschalls Pilsudski bei ihm wieder eine längere politische Besprechung im Armeegeneralsinspektorat statt, an der der Präsident und der Vizepremier teilnahmen. Hierbei wurde eine Reihe der wichtigsten politischen Fragen besprochen, die infolge der Krankheit des Marschalls nicht erledigt werden konnten. Die Besprechung dauerte über eine Stunde.

Wie mitgeteilt wird, hat sich der Zustand des Marschalls gebessert, doch wird bereits angedeutet, daß er wahrscheinlich an der bevorstehenden Beratung des Haushaltsausschusses über den Heereshaushalt entgegen der ursprünglichen Absicht nicht teilnehmen können.

## Woldemaras nach London eingeladen

Kowno. Am Sonnabend gab Außenminister Woldemaras zu Ehren des neuernannten englischen Gesandten Addison, der am Freitag sein Beglaubigungsschreiben überreicht hatte, ein Bankett, an dem außer dem Ministerpräsidenten Woldemaras u. a. der englische Konsul in Kowno, der englische Militärattache, der deutsche Gesandte als Dozenten des diplomatischen Corps und Generalsekretär Balutis teilnahmen. Der englische Gesandte übermittelte dem Ministerpräsidenten Woldemaras dabei eine Einladung der englischen Regierung zu einem Besuch in London. Woldemaras hat diese Einladung angenommen und wird am 20. d. Mts. nach der englischen Hauptstadt abreisen.

## Leon Blum für den Kampf gegen den Bolschewismus

Paris. Die Sozialisten des Seine-Departements hielten Sonntag in Alfort bei Paris ihren ersten Jahreskongress ab, um sich mit der durch den Ausgang der Wahlen geschaffenen politischen Lage zu beschäftigen. Im Laufe der Aussprache empfahl der sozialistische Führer Leon Blum eine Zusammenarbeit mit dem linken Flügel der Radikalen und sprach sich gleichzeitig für eine Kampfpolitik gegen den Bolschewismus aus. Dies bedeutete jedoch nicht, daß die Sozialisten bereit wären, in eine gemeinsame Front mit den Bürgerlichen gegen den Bolschewismus einzutreten. Die endgültige Haltung der Sozialisten gegenüber den Kommunisten wird in einer weiteren Versammlung in zwei Wochen entschieden werden. In Anbetracht des bevorstehenden Landeskongresses der französischen Sozialisten, der dieses Jahr zu Pfingsten in Toulouse stattfindet, gewinnt die Entscheidung eine gewisse Bedeutung.

## Die Anklage gegen die deutschen Denez-Ingenieure

Berlin. Wie die „Rote Fahne“ berichtet, ist die Untersuchung gegen die deutschen und russischen Denez-Ingenieure nunmehr abgeschlossen worden. Gegen die drei deutschen Angeklagten wird auf Grund des § 58 des Sowjetstrafgesetzbuches Anklage wegen Vorschubleistung gegenrevolutionärer Handlungen erhoben.

# Rund um die Flieger

Nobile ist zuversichtlich

Kopenhagen. General Nobile hat von Bord der „Citta di Milano“ in Ringsbø an die Kopenhagener Nationaltidende einen Zirkulär geschickt, in dem es heißt: Die „Italia“ habe den zweiten in vieler Beziehung schwierigsten Teil ihrer Reise ohne Unfall zurückgelegt. Jetzt könnte sie sich ihrer eigentlichen Aufgabe zuwenden. In etwa einer Woche würden sie versuchen, was nie vorher versucht worden sei, auf dem Nordpol zu landen. Alle seien zuversichtlich gestimmt. Die Tatsache, daß die „Italia“ den Flug Mailand-Ringsbø ohne die geringste Schramme überstanden habe, könne denen als endgültige Rechtfertigung dienen, die gleich ihm, Nobile, ihre Hoffnung auf das halbtarare Luftschiff setzten. Unter günstigen meteorologischen Verhältnissen würden einer Landung auf dem Nordpol keine unüberwindbaren Schwierigkeiten entgegenstehen. Er verfüge über fein konstruierte Apparate, die bei diesem Versuch zur Anwendung gelangen sollten. Dank dieser Apparate würden die Leute, die vom Luftschiff abgesetzt werden sollten, die Verbindung

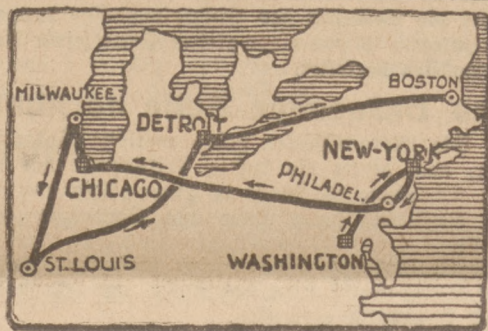
mit dem Luftschiff nicht verlieren. Im Falle einer Gefahr, werde es ihnen möglich sein, die „Italia“ wieder zu erreichen, auch wenn diese fortzuziehen sollte. Das Kreuz, das der Papst mitgegeben habe, habe er der Landungsmannschaft überlassen.

## Hoover preist die Ozeanflieger

Newyork. Auf einem Festessen der deutsch-amerikanischen Handelskammer zu Ehren der Ozeanflieger hielt Handelssekretär Hoover ein Ansprache, in der er u. a. erklärte, der Ozeanflug der „Bremen“ habe neue Ausichten für den künftigen Handelsluftverkehr zwischen Amerika und Europa eröffnet. Hoover lobte den großen Mut der Ozeanflieger, die sich durch die zahlreichen Opfer, die der Versuch eines Ost-West-Fluges gefordert hatte, nicht zurückschrecken ließen. Die drei Flieger hätten den Amerikanern Gelegenheit gegeben, Nationen zu bewundern, die solche Männer hervorbrachten.

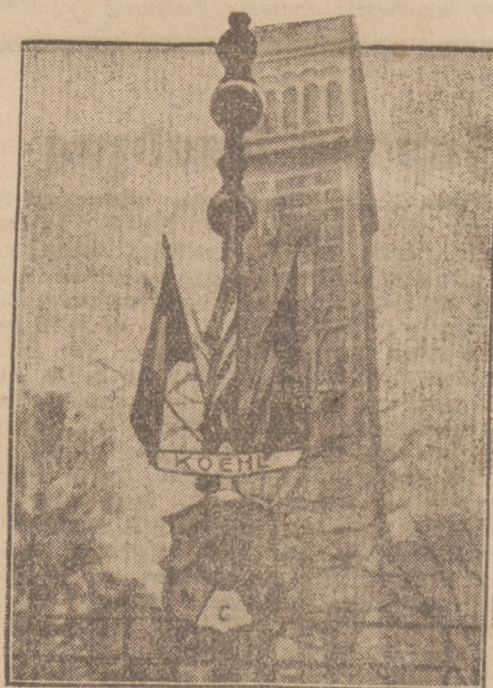
## Poincarées Hoffnungen

Paris. In Bar le Duc hielt Poincarée seine dritte große Rede, die diesmal den innerpolitischen Fragen gewidmet war und in gewisser Hinsicht als eine Programmklärung angesprochen werden kann. Nach einem kurzen Rückblick auf die Wahlen, wies Poincarée darauf hin, wie wichtig seine fluge Vorsicht in allen Fragen der Wirtschaft und Finanz sei, da wirtschaftliche und finanzielle Fragen noch während mehrerer Jahre die ganze französische Politik beherrschen würden. Ein Defizit würde nicht nur alle Bemühungen, zu einer festen Währung zu gelangen, vereiteln, sondern auch alle bisherigen Vorteile vernichten. Er hoffe, daß die neue Kammer diese Warnung hören werde, denn ein falscher Schritt würde genügen, um das Land in den Abgrund zu stürzen. Daher bedürfe sie einer festen und dauernden Mehrheit, die alle anderen Erwägungen der endgültigen Gesundung der Währung unterstelle. Die finanzielle Gesundung sei ohne die ökonomische und soziale Reformen nicht aus den Augen lassen. Poincarée schloß, Frankreich bedürfe heute mehr denn je aller Kräfte, um ohne Störung sein Schicksal selbst zu bestimmen. Es habe nur den einen Wunsch, zur Stärkung des Weltfriedens beizutragen. In dieser Gegend, die noch die Spuren der offenen Kriegswunden zeige, wünsche ein jeder aus vollem Herzen die aufrichtige Annäherung aller Völker, insbesondere aber der europäischen.



## Das Flugprogramm der „Bremen“-Flieger in Amerika

Die Ozeanflieger sind am 3. Mai mit der Junkers-Maschine „J 13“ von Washington nach Newyork zurückgefliegen. Sie haben vor zahlreichen amerikanischen Städten Einladungen erhalten, die sie aber nur zum kleinsten Teile annehmen können, da sie bald in die Heimat zurückkehren möchten. Es wurde daher folgendes Besuchsprogramm festgelegt: am 9. Mai Empfang in Philadelphia, am 10. Mai Flug nach Chicago, am 11. Mai Empfang dortselbst, am 13. Mai Besuch Milwaukee, am 14. Mai Flug nach St. Louis, am 15. Mai Empfang daselbst, am 17. Mai Empfang in Detroit, am 18. Mai Flug nach Boston, am 19. Mai Empfang in Boston. Der Flug soll entweder mit der „Bremen“ oder mit der „J 13“ ausgeführt werden.



## Newyork im Festschmuck

Newyork hatte zum Empfang der Ozeanflieger ein festliches Gewand angelegt. Die Straßentempel waren mit der deutschen, der irischen und der amerikanischen Flagge geschmückt und trugen außer Bewillkommungsschildern abwechselnd die Namen der drei Flieger. — Unser Bild zeigt einen Kandelaber in der Fifth Avenue, durch die der Festzug ging.

## 31 Wahlvorschläge im Reich

Berlin. Der Reichswahlprüfungsausschuss unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters Geheimrat Wagemann, hat Montag abends von den eingelaufenen 33 Wahlvorschlägen 31 angenommen. Allein die Aufwertungsgruppe zählt nicht weniger als 7 Vorschläge. Daneben gibt es drei christliche Listen. Neben der Landbundesliste gibt es noch 3 weitere Landeslisten. Ein Wahlvorschlag, der von einem Ehepaar Wulfsmeier mit Sohn und Tochter eingereicht worden war, steht unter dem Namen „Reichsmieterpartei“. Abgelehnt wurden die Vorschläge einer Gruppe „Ganz parteilos für das Volkswohl“ und einer von einem eben wahlfähig gewordenen Hamburger geschaffenen Liste „Lebensinteressen der Arbeiter“. Letztere war bezeichnenderweise von 20 verheirateten Frauen aus Hamburg unterzeichnet worden.

# Der geheimnisvolle Reiter

Roman von Jane Grey.

Verfasser von „Der Eiserne Weg“.

57) Wade ignorierte diese Bemerkung und lenkte das Gespräch auf ein anderes Thema.

„Sie kaufen dauernd Vieh, Wilson?“

„Gewiß. Ich habe mir etwas Geld erspart, wie Sie wissen. Und warum soll ich es in den Kästen legen? Ich kaufe billig. In fünf Jahren habe ich fünfshundert vielleicht sogar tausend Stück. Ein feiner Anfang, wie?“

„Ja, ein feiner Anfang, das muß ich zugeben. Haben Sie ungestempelte Vieh übernommen?“

„Natürlich. Waschen Sie sich immer noch Sorgen wegen dieser kleinen Diebereien, die eine Zeitlang im Gange waren?“

„Um, es sind nicht mehr kleine Diebereien, Wils; die Sache hängt an bedenklich zu werden!“

„Ich habe darauf geachtet, alle meine Geschäfte schriftlich niederzulegen“, sagte Moore. „Die Burshen ärgern sich, weil einige von ihnen nicht schreiben können. Aber ich spiele dieses Spiel auf meine eigene Weise.“

„Und haben Sie schon etwas verkauft?“

„Noch nicht. Aber die Andrewsjungens treiben etliche dreißig Stück nach Kremmling, um sie für mich zu verkaufen.“

Wade zuckte die Achseln. „Wohls, ich gehe“, sagte er schroff, und es war bezeichnend für seine Stimmung, daß er seinen jungen Freund so rüchichtslos seiner peinlichen Verwirrung überließ. Nicht daß er Moores Besorgnis nicht gesehen hätte! Aber der Lauf der Ereignisse hatte jenes Stadium überschritten, da eine misfühlende, begeisterte Hoffnung Wades Zwecken noch dienlich gewesen wäre.

In diesem selben Abend lungerte Wade mit den Cowboys und den neuen Arbeitsleuten vor dem kleinen Lagerhaus umher, in dem Bellounds seine Vorräte aufbewahrte. Schon öfters hatte er so herumgelungert, in der Hoffnung, des Farmers Sohn zu treffen. Und diesmal wurde sein Warten belohnt. Jack Bellounds kam mit wiegenden, präherischen Schritten aus dem Farmhaus. Er fand nun bei seinen Untergebenen Höflichkeit und Gehorsam, während er früher nichts als Spott und Gegnerschaft geerntet hatte. Solange er selber schwer arbeitete, hielten die Cowboys

durch. Die leise Veränderung in seinem Wesen verlieh ihm ein strengeres Gepräge. Wie gewöhnlich drehte sich das Gespräch um den Zustand der Herden und den üblichen Cowboytratsch. Wade wählte eine Pause in der lärmenden Unterhaltung, und mit lobenden Augen unter dem Schatten seines breitrandigen Sombreros musterte er Bellounds' Sohn.

„Hört mal, Jungen, Wils Moore hat begonnen, Vieh zu verkaufen“, bemerkte er in beiläufigem Tone. „Die Brüder Moores treiben für ihn.“

„So wächst er sich also zu einem richtigen aus“, rief Lem Billings. „Freut mich mächtig. Dem Jungen gönne ich's, wenn er reich wird.“

Wades Bemerkung erntete keine weiteren Kommentare. Wade aber wollte Jack Bellounds' geheime Gedanken prüfen. Er sah, wie ein Juden über seine Füge lief — es war weder Interesse noch Gleichgültigkeit noch Verachtung, sondern ein gleichgültig-schöpferischer Funke, der seiner Miene ein flüchtiges Leuchten verlieh und seinen Körper wie ein leichter Blitz durchschütterte. Dann neigte Jack Bellounds den Kopf, stand noch ein Weilschen umher, verfunken in Grübelerei, und schlenderte bald darauf fort.

Was immer auch dieser läch ermachende Gebante Jack Bellounds' bedeuten mochte, er führte Wade zu einem augenblicklichen Entschluß. Der Jäger ging ins Farmhaus und klopfte an die Tür des Wohnzimmers. Drin brannte ein Licht, das seine Strahlen durch die Fenster in das Halbdunkel sandte. Columbine öffnete die Tür und ließ Wade ein. Ein helles Feuer knisterte im Kamin. Wade warf Columbine einen ermunternden Blick zu.

„Abend, Miß Coltie! Ist Ihr Vater hier?“

„Oh, Sie sind es, Bent!“ rief sie, nachdem sie sich von ihrer ersten Ueberraschung erholt hatte. „Ja, Pa ist hier.“

Der alte Farmer blickte von seiner Lektüre auf. „Holla, Wadel! Was kann ich für Sie tun?“

„Bellounds, ich habe das Rahenvieh und das meiste übrige Raubzeug von Ihrer Weide vertilgt. Und meine Arbeit in der letzten Zeit, allerlei Kleinkram, hat mir keine gelassen für meine privaten Bedürfnisse. Ich möchte kündigen.“

„Sie sind mit Jack zusammengeerastet?“ rief der Farmer und richtete sich mit einem Ruck auf.

„Nichts dergleichen. Ich habe schon 'ne ziemliche Weile kein Wort mehr mit Jack gesprochen. Kann nicht leugnen, daß wir vielleicht früher oder später noch mal zusammenrasseln werden. Aber meine Kündigung hat andere Gründe.“

Sein schroffer Ton verwunderte Bellounds. Und dennoch schien er erleichtert.

„Na schön. Ich bezahle Sie am Ende des Monats. Wollen mal sehen: 's ist nicht mehr lange. Sie können morgen aufhören.“

Wade nickte und wartete auf eine Fortsetzung des Gesprächs. Columbine sah ihn fragend an, brachte ihn fast in Verlegenheit. Wieder versuchte er, ihr einen ermutigenden Blick zuzuwenden. Aber Columbines Miene behielten ihren verwunderten, ernsten Ausdruck.

„Oh, Bent, Sie wollen doch nicht White Slides verlassen?“ fragte sie.

„Schätze, ich bleibe noch ein Weilschen in der Gegend“, erwiderte er.

Bellounds wiegte bedauernd und nachdenklich den Kopf.

„Um, ich erinnere mich noch an die Tage, wo keiner meiner Leute mich verlassen wollte. Ja, ja, die Zeiten ändern sich. Ich bin jetzt ein alter Mann. Kann sein, kann sein, daß ich krüppelig bin. Und dann der Junge!“

Mit einem Achselzucken verschweigte er die pessimistischen Gedanken, die ihn zu bedrängen schienen.

„Sie gondeln also los, Wade; wieder auf die Wandererschaft? Immer unterwegs, he?“

„Nein, ich habe es nicht so eilig.“

„Und darf ich fragen, worauf Sie spekulieren?“

„Ja, gewiß. hätte nicht übel Lust, mit Moore Halbpark zu machen. Er ist ein recht schlauer Junge, und sein Vater hat große Farminteressen. Ich habe mir ein bißchen Geld erspart und bin kein Frühlingskälber mehr. Wils fängt an, Vieh zu kaufen und zu verkaufen; schätze, ich werde mich beteiligen.“

„Ah!“ Bellounds gab durch ein Brummen zu verstehen, daß er diesen Plan begreife. Er runzelte die Stirn, und seine großen Augen ruhten erst auf dem lodenden Feuer. Er sah, welche Verwicklungen diese Neuigkeit befürchten ließ.

„Um, 's ist freies Land“, sagte er schließlich; seine persönlichen Besorgnisse fügten sich offenbar seinem Gerechtigkeitsgefühl. Zögernd und umständlich fuhr er fort: „In Anbetracht der besondern Lage, die hier auf meiner Weide herrscht, wäre es mir verterfelt lieber, wenn Moore und Sie irgendwo anders beginnen wollten. Das ist nur natürlich. Aber Sie haben meinen Segen, und ich hoffe, auch Sie wünschen mir nichts Schlechtes.“

(Fortsetzung folgt.)



# Polnisch-Schlesien

## Immer wieder die alte Leier

Am 4. Mai hat der Militärbischof Gall in Warschau 9 Waggon eingeweiht, die der Antigasangriff-Propaganda dienen sollen. Diese Propaganda ist aber keinesfalls so zu verstehen, daß man den Gasangriff als ein Verbrechen schlimmster Art hinstellt, sondern es wird lediglich über die Abwehr und die Abwehrmittel gesprochen. Von einer direkten Beurteilung eines Gasangriffes ist keine Rede, umgekehrt, durch die Verherrlichung der Abwehrmittel, wenn auch nicht direkt, so aber indirekt wird der Gasangriff propagiert. Polen will ebenjowenig auf die Gaswaffe in einem eventuellen Kriege verzichten wie alle andere Staaten und die Antigasangriff-Propaganda bezweckt nicht mehr und nicht weniger als die Allgemeinheit für den Gasangriff zu interessieren und sie dafür zu gewinnen. Damit diese Propaganda um so wirksamer durchgeführt werden kann, so wird dazu die Religion mißbraucht. Während des Weltkrieges wurden alle Wodmassen durch das Pfaffenamt gelehrt und eingeweiht. In Deutschland taten das die deutschen Bischöfe und Geistliche und in Frankreich die französischen. Sie beteten zu Gott dem Allmächtigen, damit dieser den Geschützen eine fürchtbare Kraft verleihe, die jedes Bewebesen vernichte. Und der kapitalistische Gott hat die Vernichtungsarbeit durch die Wodmassen gründlich verrichtet, weil viele Millionen auf den Schlachtfeldern liegen blieben, bis sich die übrigen ihrer Menschenwürde erinnern haben und dieselben Waffen anstatt gegen den vermeintlichen Feind, gegen ihre eigenen Peiniger wandte. Das führte zur sofortigen Kriegsbeendigung. Hätte die Vernunft auf allen Fronten zugleich bei den Arbeitern gestiegt, so wäre mit den Kriegsvorbereitungen ein für allemal Schluß gewesen. Ein Militärbischof in Warschau hätte die 9 Propagandawaggon nicht mehr geeignet und ein Gasangriff und Gasabwehr wäre kaum zu befürchten. Leider haben die Kapitalisten überall die Oberhand wieder gewonnen und das Beten und das Klüften wird genau so wie vor dem Kriege fortgesetzt. Die Diplomaten aller kapitalistischen Staaten versuchen fast täglich, daß die Rüstungen keinesfalls einem Angriff gewidmet sind und jeder spricht nur von der Abwehr. Auch bei uns in Polen wird nur wegen der Abwehr gerüht und auch die 9 neuen Waggon sind lediglich der Abwehrpropaganda gewidmet.

Unsere braven Patrioten in Ost-Schlesien, die hier auch einen Gasabwehrverband gegründet haben, warten ungeduldig auf die neuen Gaswaggon. Sie möchten sie schon lieber heute als morgen sehen, umso mehr als sie von der schlesischen Wodmassenschaft die vom schlesischen Sejm bewilligten 45 000 Zloty bereits eingekassiert haben. Sie möchten gerne die neuen Abwehrgasapparate feiern, die in den 9 Waggon mitgeführt werden. Die neuen Gasmasken sollen sehr kunstvoll aussehen und sind jedenfalls wert, tüchtig mit dem „Czysty“ begossen zu werden. Das ist doch schließlich die Hauptsache bei ungeren braven Patrioten.

## Vor einem Streik im Baugewerbe

Im Laufe der vorigen Woche fällt der Schlichtungsausschuß in Kattowitz einen Spruch, nach welchem den Arbeitern im Baugewerbe eine Lohnerhöhung ab 1. April zugesprochen wurde. Diesen Spruch lehnten die Arbeitgeber ab, während die Arbeitnehmerorganisationen ihn annahm. Aus letzteren Kreisen hören wir, daß im Falle die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt weiter beharren und die Lohnerhöhung ablehnen, bestimmt mit einem allgemeinen Streik zu rechnen sei.

## Sonderbare Lohnverhandlungen

Bekanntlich sind Mitte April die Löhne für die Eisen- und Metallhütten gekündigt worden. Der Arbeitgeberverband hat daraufhin die paritätische Sitzung für gestern vormittag einberufen. Sonderbarerweise sind nun von der Führung der Arbeitsgemeinschaft die anderen Verbände dahin verständigt worden, daß nur für die Metallhütten eine Verhandlung stattfindet. Desto merkwürdiger gestaltete sich die Situation, als Herr Hademann die Sitzung eröffnete und bekanntgab, daß die Lohnforderung der Arbeitsgemeinschaft sowohl für die Metallhütten, als auch für die Eisenhütten auf der Tagesordnung steht. Nichtsdestoweniger wurde vom Vertreter der polnischen Berufsvereinigungen diese widersprüchliche Situation übersehen und zur Begründung der Lohnforderung nur für die Metallhütten geföhrt. Durch Eingreifen des Vertreters der freien Gewerkschaften, welcher Aufklärung über diese mysteriöse Art der Verhandlung forderte, ist festgestellt worden, daß die Schuld dafür nicht dem Arbeitgeberverband selbst, sondern der falschen telephonischen Uebermittlung zuzuschreiben ist.

Ohne indessen auf die falsche Taktik einzugehen, die von Herrn Kandora bei der Begründung der Lohnforderung für die Metallhütten geübt wurde, einzugehen, behalven wir uns vor, falls sich die Zustände innerhalb der Führung der Arbeitsgemeinschaft nicht bessern sollten, später näher darauf zurückzukommen. Uns erscheinen die Dinge viel zu ernst und folgenschwer, deshalb müssen wir eindringlich vor dieser Leichtfertigkeit warnen, mit der die Interessen der Arbeiterschaft besonders in letzter Zeit wahrgenommen werden.

Die gemeinsamen Lohnverhandlungen sind nun auf Grund dieser Sachlage für nächsten Montag vertagt worden.

## Die Saisonwanderung nach Deutschland

In diesem Jahre stellt Polen ein Kontingent von 70 000 Saisonarbeitern nach Deutschland, darunter 80 Prozent Frauen. Die Verdienste sind so, daß die Frauen 18 Pfennig pro Stunde und die Männer 24 Pfennig nebst dem üblichen Deputat an Lebensmitteln erhalten.

## Französische Studenten kommen nach Kattowitz

Ende Mai trifft in Kattowitz französischer Besuch ein und zwar eine Anzahl von Studenten der landwirtschaftlichen Hochschule in Grignon. Viel werden sie zwar von der hiesigen Landwirtschaft nicht zu sehen bekommen, da wir daran ziemlich arm sind.

# Das Urteil im Kopsberger Prozeß

Der Staatsanwalt beantragt insgesamt 111 Monate Gefängnis — Das Urteil lautet auf die 89 Monate Gefängnis

In dem Prozeß gegen die Schuldigen an dem Kopsberger Ueberfall auf die polnische Versammlung hielt der Anklagevertreter Oberstaatsanwalt Sachmann nach einer über eine Stunde dauernde Anklagerede sämtliche Angeklagten für schuldig. Er kam zu dem Schluß, daß Hampf als Räbelsführer anzupreisen sei, der mit den Angeklagten Müller, Mertha, Stephan, Pawlas und Stadny schweren Landfriedensbruch begangen habe. Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen Hampf neun Monate Gefängnis, — gegen die mit Hampf fünf Angeklagten je sechs Monate Gefängnis und gegen die übrigen 18 Angeklagten je vier Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist, die bei den Hauptangeklagten erst nach teilweiser verbühender Strafe eintreten soll.

In seiner Anklagerede führte Debrstaatsanwalt Sachmann aus, daß Straftaten derart, wie sie die Angeklagten begangen haben, schwer zu beurteilen seien. Die Minderheit in Deutschland genießt den staatsrechtlichen Schutz und muß darum so behandelt werden, wie alle anderen Staats- und Reichsbürger, und darf wegen ihrer völkischen Gesinnung und Einstellung nicht verfolgt werden. Dabei ist aber auch noch weiter zu berücksichtigen, daß Laten, wie sie die Angeklagten verübten, schlechte Auswirkungen im Auslande auslösen, die die dortigen Deutschen ebenso gefährden können. Weiter betonte der Anklagevertreter, daß bisher Gerichte sich mit ähnlichen Prozessen fast nie beschäftigt haben, und nur ein einziger Fall sei vorgekommen, bei dem es sich um Ausschreitungen gegen die polnische Minderheit gehandelt habe. Die Straftat wurde 1924 in Stolarzowiz verübt und zwar von Angehörigen der gleichen Organisation, der die Angeklagten angehörten. Die erfreuliche Tatsache, daß diese Ausschreitungen selten vorkommen, haben im Verlauf der Beweisaufnahme auch Zeugen, die der poln. Minderheit angehör-

ten, bezeugt. Die strafbaren Handlungen müßten im deutschen Interesse so verurteilt werden, wie es die deutschen gesetzlichen Bestimmungen verlangen, ohne Rücksicht darauf, daß auf der anderen Seite, jenseits der Grenze, auch so etwas passiert.

Nachmittags gegen 16 Uhr wurde folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte Hampf wurde der Sprengung einer genehmigten Versammlung und wegen Hans- und Landfriedensbruches mit Begehen von Gewalttätigkeiten für schuldig erklärt und zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Strafe von je sechs Monaten Gefängnis wurde den Angeklagten Müller, Mertha, Stephan, Pawlas und Stadny zubilligt, weil diese mit Hampf gemeinsam den Landfriedensbruch begangen und sich Gewalttätigkeiten hatten zuschulden kommen lassen. 17 Angeklagte wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie als die Mithelfer betrachtet wurden. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die gegen Hampf erkannte Strafe muß teilweise verbüßt werden. Ihm wurde als Räbelsführer eine Bewährungsfrist zuerkannt, nach Verbüßung von vier Monaten Gefängnis. Die fünf Angeklagten, die zu 6 Monaten verurteilt wurden, müssen drei Monate der Strafe verbüßen und erhalten dann Bewährungsfrist. Die Bewährungsfrist bei den 17 Angeklagten für je drei Monate Gefängnis tritt ein, wenn eine Geldbuße von 50 Reichsmark gezahlt wird. Die Zahlung der Geldbuße kann in monatlichen Raten von 5 Mark abgetragen werden.

In der Begründung hob der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Himmel hervor, daß das Gericht sich auf den Standpunkt stellen mußte, die Belange eines Rechtsstaates, der Deutschland sei, zu schützen. Andere Momente, z. a. solche politischer Natur, müßten ausgeschaltet werden. Das Gericht war bemüht, den Sachverhalt zu klären und alle diejenigen Punkte zu erfassen, die zur Straftat gehörten.

# Ein Pafßfälscherprozeß vor dem Kattowitzer Landgericht

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Kattowitz begann gestern der Prozeß in der großen Pafß- und Verkehrsartenfälscher-Affäre. Angeklagt sind: Der frühere Polizeibeamte Wladislaus Tokarz aus Kattowitz, der frühere Beamte des städtischen Arbeitsvermittlungsamtes Ignaz Matuschek aus Zawodzie, der Schlosser Heinz Seltmann aus Kattowitz, der frühere Polizeibeamte Alexander Günther aus Strzysowa, Kreis Limadow, Graveur Israel Rosenmeier aus Bendzin, Druckerhilfe Franz De Wilde aus Groß-Dombrowa, Zimmermädchen Elisabeth Dittik aus Kattowitz, Schneidermeister Adolf Rosenberger aus Kattowitz sowie der Polizeibeamte Johann Kozur aus Janow. Verteidiger der Angeklagten sind die Rechtsanwälte Dr. Paß, Malerowitsch und Smialowski. Die Angeklagten, die als Fälscher, Mithelfer und Mitwisser in Frage kommen, werden beschuldigt, in dem Jahre 1926 und 1927 mit nachgeahmten Klischees des deutschen und französischen Konsulats sowie der Kattowitzer Polizeidirektion insgesamt 30 Verkehrsarten und 60 Reisepässe gefälscht zu haben und zwar durch Vornahme von Änderungen auf Verkehrsarten und Pafßformularen, nachgeahmten Unterschriften usw. Es wurden aber verlangt: Für ausgefertigte Verkehrsarten durchschnittlich 125 Zloty, für gefälschte Pässe 130 bis 140 Zloty

und für ein Dauervisum durchschnittlich 350 Zloty. Der Angeklagte Tokarz soll den seiner Zeit in der Pafßabteilung beschäftigten Polizeibeamten Günther 40 bis 50 unausgefüllte Verkehrsartenformulare gegen ein Entgelt überlassen haben. Weiterhin hat Tokarz von einzelnen Personen für seine Bemühungen und Beschaffung von Auslandsreisen Vorauszahlungen entgegengenommen, jedoch diese weder beschafft noch die erhaltenen Gelder zurückerstattet. Matuschek ließ sich eine weitere Fälschung zuschulden kommen, indem er ein Formular zwecks Eintragung in die Wohnungsliste fälschte. Dem Polizeibeamten Günther wird außer Entgegennahme von Bestehungsgebühren Verabfolgung von leeren Verkehrsartenformularen pp. eine weitere Mitschuld wegen Verwahrung eines gefälschten Stempels zur Last gelegt. Die weiteren Angeklagten haben sich schuldig gemacht, indem sie die gefälschten Verkehrsarten und Pässe vermittelten, sowie nachgeahmte Pässe beschafften und anfertigten. Am ersten Verhandlungstag wurden lediglich die Angeklagten vernommen. Während ein Teil der Angeklagten geständig war, verneinte die überwiegende Mehrzahl jede Schuld. Von den 80 geladenen Zeugen sollen die hauptsächlichsten am heutigen Dienstag verhört werden.

## Die Eisenbahnlinie Oberschlesien—Gdingen

Dieses Projekt, welches in erster Linie für den Kohlentransport berechnet ist, soll nach den Plänen der Regierung erst im Jahre 1931 zur Verwirklichung gelangen.

Nun haben sich die hiesigen Kohlenbarone an die Regierung mit einem Ersuchen gewendet, diese Eisenbahnlinie sofort in Angriff zu nehmen. Wie verlautet, hat die Regierung zusage geantwortet.

## Kattowitz und Umgebung

Deutsches Theater Kattowitz. (Körperlulturabend.) Montag, den 14. d. Mts., abends 7½ Uhr, findet ein Körperlulturabend der Musikerturnschule des Herrn Dulaski statt. Die Vorführungen der Musikerturnschule, die sich in ganz Oberschlesien eines guten Rufes erfreuen, dürften bei Jung und Alt ganz besonderes Interesse finden. Ist es doch ihr Ziel die Schüler und Schülerinnen durch Rhythmik und gymnastische Übungen zu Kraft, Gewandtheit und Anmut zu erziehen. Am Nachmittag um 3 Uhr findet dieselbe Vorstellung für Schüler statt. Wir bitten unsere Mitglieder sich rechtzeitig mit Karten zu versehen, da der Andrang voraussichtlich sehr stark sein wird, und eine Wiederholung nicht stattfinden kann. Vorbestellungen werden an der Kasse des Deutschen Theater entgegengenommen. Telefon 1647.

Die Erwerbslosen im Landkreis. Durch weitere Arbeitsverteilung durch Heranziehung zu Frühjahrsarbeiten bezug der Abgang im Landkreis Kattowitz in der letzten Woche 540, der Zugang durch erfolgte Entlassung von der Arbeitsstätte dagegen 139 Personen. Die Gesamtbeschäftigten umfassen am Ende der Berichtswache 8953 Arbeitslose. Die laufende Unterstützung bezogen 4761 Personen, während an 421 Personen eine Beihilfe bis zu 50 Zloty aus dem besonderen Unterstützungsfonds gewährt wurde.

Verstoß gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Der Inhaber einer bekannten Kohlenhandelsgesellschaft in Kattowitz hatte sich vor dem Schöffengericht in Kattowitz zu verantworten. Der Angeklagte beschäftigte mehrere Lehrlinge, unterließ es jedoch, für diese Arbeitskräfte die Pflichtbeiträge für den Fall der Erwerbslosigkeit abzuführen. Zwar führte der Kaufmann aus, daß ihm nichts darüber bekannt gewesen sei, daß Lehrlinge bezugsgeldliche Arbeitskräfte von der fraglichen Verordnung gleichfalls erfaßt werden, da jedoch wie bekannt, Gesetzeskenntnis nicht vor Bestrafung schützt, wurde der Angeklagte für schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe von 200 Zloty wegen Verstoß gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz verurteilt.

Zwei Banddirektoren unter Meineidsverdacht. Während ihrer gerichtlichen Vernehmung in Kattowitz, sollen die früheren

Direktoren der Bank „Ludowy“ in Pleß, welche als Zeugen vernommen wurden, wesentlich falsche Aussagen in bezug auf die finanzielle Lage des inzwischen in Konkurs geratenen „Dom Przemyslowy“ gemacht haben. Es handelte sich s. Zt. um eine eingeklagte Scheckforderung des Gasthausbesitzers Bont aus Nikolai. Letzterer strengte gegen beide Direktoren ein Meineidsverfahren an, welches vor dem Landgericht in Kattowitz zum Austrag kam. Vor Gericht erklärten die beklagten Direktoren, daß sie ihre Aussagen nach besten Wissen gemacht hätten. Das Gericht sprach die Beiden mangels genügender Beweise frei, während der Anklagevertreter je 1½ Jahr Zuchthaus beantragt hatte.

Gekündigt. Die Anstellung der Fördermaschinen scheint der Verwaltung der Hohenlohe Spolka nicht zu gefallen. Einer Anzahl alter Fördermaschinen der Georggrube, wurde zum 1. Juli die Kündigung zugeschiedt. Mit der Bemerkung, daß sie im Arbeitsverhältnis weiter verbleiben können. Die Betroffenen sind doppelt geschädigt, denn nicht genug, daß sie bei den Feiertagen weniger verdienen, sind sie mit der Pensionierung im Nachteil, weil die Fördermaschinen einige Jahre die Reichsversicherung gezahlt haben und noch kein Anspruch auf eine Pension haben. Die Wiederaufnahme in die Knappheitskasse wird wohl sehr schwierig sein, da die meisten das 50. Jahr überschritten haben.

Eichena. (Bau einer Arbeiterkolonie.) Seit einem Jahre bemüht sich der Gemeindevorstand von den Verwaltungen Baugelände zu erhalten, um die Wohnungsnot in Eichena etwas zu beseitigen. Nachdem Harrmann und Giesche nicht zu bewegen waren, entschloß sich die Hohenlohe Spolka ein auf der Mischstraße in Eichena gelegendes Baugelände der Gemeinde abzutreten. Mit dem Bau soll schon Ende Mai begonnen werden, daß zum kommenden Winter 12 Häuschen zum bewohnen fertiggestellt sind.

Von der Georggrube. (Sie drohen nicht mehr.) Die letzte Zeit hörte man die Betriebsleiter und andere Beamte bei jeder Gelegenheit zu den Arbeitern sagen: „Wenn ihr nicht mehr fürchtet, so müßt ihr auf Maggrube verlegt werden“, oder „Wenn es euch nicht paßt, da könnt ihr gehen“. Ein großer Teil der Belegschaft mußte auch daran glauben. Nach der Reduzierung hörte man dieselben Drohungen. Alle Arbeiter können aber solche Schikanen nicht ertragen, so zogen es 50 der besten Häuer, Zimmerhauer und Schrämmen vor, selbst die Entlassung zu verlangen. Ein Teil hat auf Einweingrube in Domb, der andere Teil in Deutschland Beschäftigung gefunden. Dieser Schritt mußte der Verwaltung genug zu denken geben, denn solche Drohungen lassen sich alle Arbeiter nicht gefallen. Man hört jetzt von Befreiung, Entlassung und Einstellung nichts mehr. Es wird sogar gemunkelt, daß der eingestellte Pafßschacht in Betrieb gesetzt wird. Es sind bloß zu wenig gute Häuer vorhanden.



# Der Bundestag des Afabundes

Am Sonntag, den 6. Mai 1928 fand im feierlich geschmückten Saale des Bundeshauses in Kattowitz der diesjährige 7. ordentliche Bundestag des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afabund) Polnisch-Oberschlesiens statt. Der Saal war nicht nur von Delegierten und sonstigen Mitgliedern des Verbandes gefüllt, sondern auch zahlreiche Gäste von anderen Verbänden hatten es sich nicht nehmen lassen, an dem Bundestage des Afabundes anwesend zu sein. Der Vorsitzende Kollege Lange konnte den Kollegen Jdanowski von der Zentralkommission in Warschau, den Kollegen Burman als Vertreter der Kada Generalna und des Zentralrat Zwionzel aus Krakau, die Kollegen Mlynski und Christianus als Vertreter des Verbandes der Privatangestellten in Bielefeld, den Kollegen Wiesner und Tristol als Vertreter des Deutschen Werkmeister-Verbandes in Gleiwitz, den Kollegen von Kiewel als den Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten in Beuthen und den Sejmabgeordneten Komolli begrüßen.

Eine besondere Note erhielt der Bundestag durch die Anwesenheit von 18 Jubilaren, für die am Nachmittag eine besondere Ehrung vorgesehen war. Diese alten Kollegen gehören schon 25 und mehr Jahre dem Afabunde bzw. seinem Vorgänger dem Deutschen Werkmeister-Verband an. Ein Mitglied, der Kollege Majewski, ist sogar schon seit 37 Jahren freigewerkschaftlich organisiert.

Der Afabund Berlin konnte leider für den diesjährigen Bundestag keinen Vertreter entsenden, da alle führenden Persönlichkeiten durch die Wahlbewegung in Deutschland in Anspruch genommen sind. Er hat es sich aber nicht nehmen lassen, durch ein besonderes herzliches Schreiben und durch ein Telegramm den besten Erfolg für die Tagung zu wünschen. Weitere Begrüßungsschreiben waren u. a. eingelaufen vom Bund der technischen Angestellten und Beamten, Berlin, vom Zentralverband der Angestellten in Berlin, vom Deutschen Werkmeister-Verband in Düsseldorf, vom Zwionzel Jawodowy und vom Christlichen Kommissariat aus Lodz und vom Verband der Holzangestellten aus Lemberg. Nachdem der Kollege Lange als Versammlungsleiter und der Kollege Stajch als dessen Vertreter beauftragt worden waren, wurde dem 1. Geschäftsführer Kollegen Dr. Wolff das Wort zum Geschäftsbericht erteilt. Er führte etwa folgendes aus:

Wenngleich es zweifellos der Regierung Pilsudski gelungen ist im Jahre 1927 eine gewisse Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Lage zu erreichen, so kann man dies von der Woiwodschaft Schlesien leider noch nicht behaupten. Die nationalen Gegensätze sind weiterhin auf das Äußerste angespannt. Opfer dieser nationalen Verheerung hat leider der Afabund insbesondere zu tragen. Es sind hier insbesondere die Kollegen Zweigel (Laurahütte), Scholz, Müller (Pshaw) und Schmieschel (Scharley) zu nennen, die Opfer von Anschlägen auf ihre Gesundheit geworden sind. Der Redner drückte diesen Kollegen seine tiefste Sympathie und Mitgefühl aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sie recht bald wieder vollständig hergestellt sein mögen.

Die Regierung hat uns am Schlusse des vergangenen und im Anfang des neuen Jahres eine Reihe wichtiger sozial. Gesetze gegeben. Da sind insbesondere das Angestelltenversicherungs-gesetz, das Dienstvertragsgesetz für Angestellte und das Arbeitsgerichtsgesetz zu nennen. An wichtigen Ereignissen des abgelaufenen Geschäftsjahres ist das fünfjährige Verbandsjubiläum zu nennen, bei welcher Gelegenheit eine große öffentliche Versammlung in der Reichshalle mit dem Kollegen Reichstagsabgeordneten Aufhäuser als Redner stattfand, und der Besuch des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas in Oberschlesien. Der Afabund überreichte bei letzterer Gelegenheit im Namen der deutschen Angestellten-Gewerkschaften eine Denkschrift. Leider hatte aber Herr Thomas für die Vertreter der Gewerkschaften so geringe Zeit, daß sein Besuch ein ersprießliches Ergebnis nicht zeitigte. Er versprach allerdings in 3 Monaten nach Oberschlesien zurückzukehren, was aber bisher nicht der Fall gewesen ist.

Es war immer das Bestreben des Afabundes mit den ihm nahestehenden polnischen Angestellten-Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, um gemeinsam für eine bessere Ausgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Angestellten in der Republik Polen zu arbeiten. Aus diesem Grunde bildete er gemeinsam mit anderen Verbänden die Kada Generalna Klawowicz Zwionzlow Jawodowicz (Generalrat der Klassenbewußten Angestelltenverbände). Leider hat diese Kada Generalna infolge der schwierigen Organisationsverhältnisse im übrigen Polen nicht zur Zufriedenheit ihrer Gründer arbeiten können. Der Afabund ist daher der Zentralkommission in Warschau, der Spitzenorganisation der freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände beigetreten, ohne jedoch die Mitgliedschaft beim Afabund in Berlin aufzugeben.

Die Arbeit des Verbandes im vergangenen Jahre war eine recht umfangreiche. Die Geschäftsstelle bestand aus 4 männlichen Beamten und 3 weiblichen Angestellten. Es wurden im ganzen 721 Versammlungen und Konferenzen besucht. Besonders eifrig arbeitete die Rechtsabteilung unter dem Kollegen Peshka. Im ganzen wurden 224 Prozesse geführt. Davon wurden 101 gewonnen und nur 17 verloren, 12 wurden zurückgezogen, 11 wieder eingestellt und 83 schweben noch. Im ganzen konnte eine Summe von 92 000 Zloty im Prozeßwege für die Mitglieder gewonnen werden. — Der Verband gibt eine monatlich erscheinende Zeitung „Der Angestellte“ heraus, für die im vergangenen Jahre eine besondere „Sozialwirtschaftliche Beilage“ geschaffen wurde. Auch der Umfang der Zeitung steigerte sich. — Einer immer wachsenden Beliebtheit erfreut sich das Erholungsheim des Verbandes in Lobnitz bei Bielefeld. Besonders in den Sommermonaten, vor allem in den Monaten Juli und August war der Andrang beachtlich. Auch für dieses Jahr liegen schon so viele Vorbestellungen vor, so daß die Monate Juli und August schon fast vollkommen vergeben sind. Der Verband will aus seinem Heim keinerlei Gewinne erzielen. Trotzdem ist es aber einer vorzüglichen Geschäftsführung gelungen, erhebliche Zuschüsse zu vermeiden, so daß das Erholungsheim auf eigenen Füßen dasteht. — Einen besonders erfreulichen Aufschwung nimmt die Jugendbewegung. Es bestehen 8 Jugendgruppen. In diesen Gruppen werden nicht nur gefellige und sportliche Veranstaltungen gepflegt, sondern es wird auch für die Fortbildung der Jugendlichen durch Abhalten von lehrreichen Vorträgen zum Teil mit Lichtbildern, durch Veranstaltung von Kursen in Stenographie, Buchführung usw. gesorgt. Aber auch sonst nimmt sich der Verband auch für die erwachsenen Kollegen der Bildungsbestrebungen an. Es werden in verschiedenen Versammlungen Vorträge zum Teil mit Lichtbildern veranstaltet. — Die Sterbekasse des Verbandes hat leider noch nicht den Aufschwung genommen, wie es zu erwarten wäre. Nur ein kleiner Teil der Mitglieder des Afabundes sind zugleich Mitglieder der Sterbekasse. Trotzdem ist es der Kasse gelungen, bereits ein sehr ansehnliches Vermögen in Höhe von 55 000 Zloty anzukammeln.

Von der Genossenschaftsbewegung ist weniger erfreuliches mitzuteilen. Zwar hat der Angestellten-Konsumverein Königshütte, in dem Mitglieder des Afabundes an führender Stelle tätig sind, sich sehr gut entwickelt und verspricht weiterhin einen glänzenden Aufstieg. Leider hat sich aber in der letzten Zeit das Verhältnis zwischen Afabund und Bundeshaus-Genossenschaft Kattowitz ernstlich getrübt. Der neue Vorstand und Beirat wird dieser Frage eine besondere Beachtung schenken müssen.

Zum Schluß gab der Redner eine eingehende Darstellung der Mitgliederbewegung des gesamten Verbandes, der sich nach der Mitgliederstatistik fast genau zur Hälfte aus Technikern und kaufmännischen Angestellten zusammensetzt. Reicher Beifall lohnte die interessanten Ausführungen des Geschäftsberichtes.

Anschließend gab der 2. Geschäftsführer Kollege Dorrn den Kassenbericht, der Kollege Lange den Vorstandsbericht und der Kollege Stajch den Beiratsbericht. An diese Geschäftsberichte schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte An die Geschäftsberichte wurde dem Vorstand und Beirat Entlastung erteilt. Darauf schloß sich die Bestätigung der beiden Geschäftsführer. Der Vorstand und Beirat wurde vollständig wiedergewählt. Nur an Stelle eines ausscheidenden kranken Kollegen wurde in den Vorstand ein anderer gewählt. Damit hatte die Vormittagstagung ihr Ende erreicht.

Am Nachmittag sprachen die zahlreich erschienenen obengenannten Gäste der Bruderverbände. Darauf wurde die Ehrung der 18 alten Jubilare vorgenommen, die mehr als 25 Jahre freigewerkschaftlich organisiert sind. Der Kollege Lange überreichte ihnen in anerkennenden Worten eine Bescheinigung für einen 6-tägigen freien Aufenthalt in dem Afa-Erholungsheim. Die Eisenbahnfahrt vom und zum Heim wird ebenfalls vom Verbande getragen, so daß diese alten Kollegen in der Lage sind, vollkommen kostenlos nach ihrem arbeitsreichen Leben einige Tage in guter Luft und herrlicher Umgebung sich zu erholen. Dieser Ehrung des Afabundes hat bei allen Anwesenden große Anerkennung und Zustimmung gefunden. Eine derartige Ehrung soll in Zukunft bei jedem Bundestag veranstaltet werden.

Daraufhin hielt der Kollege Peshka sein Referat über das Thema: „Die soziale Gesetzgebung Polens“. Aus den sehr interessanten Ausführungen können wir nachstehend nur folgendes wiedergeben:

Man muß anerkennen, daß in den letzten Jahren in Polen eine Reihe wichtiger sozial-politischer Gesetze geschaffen wurde, durch die Polen mit an der Spitze der europäischen Staaten marschiert. Da ist zunächst das polnische Urlaubsgesetz vom 16. 5. 22 zu nennen. Dies sieht bereits nach einer einjährigen Tätigkeit des Angestellten bei demselben Arbeitgeber einen bezahlten Urlaub von 4 Wochen vor. Leider ist dieses Gesetz in Polnisch-Oberschlesien noch nicht gültig, trotzdem der Afabund immer wieder Anstrengungen gemacht hat, die Ausdehnung auf Polnisch-Oberschlesien zu erreichen. Weiterhin ist durch ein Gesetz vom 18. 7. 24 ein Arbeitslosenversicherungsgesetz geschaffen worden. Dieses sah aber zunächst eine Versicherung nur für die Arbeiter vor. Es bedurfte erst lebhafter Anstrengungen der Angestelltenverbände, um die Einbeziehung der Angestellten zu erreichen. Endlich ist als wichtigstes Gesetz in der letzten Zeit das Angestelltenversicherungsgesetz geschaffen, das zweifellos einen erheblichen Fortschritt bedeutet. Trotzdem bringt es noch erhebliche Nachteile, so daß es der Anstrengungen aller Angestellten bedarf, um hier Verbesserungen zu erreichen. Weiterhin ist ein Dienstvertragsgesetz für Angestellte geschaffen worden, das allerdings in Schlesien noch keine Gültigkeit hat. Ebenso verhält es sich mit dem Arbeitsgerichtsgesetz. Andere wichtige Gesetze sind in Vorbereitung. Da ist vor allem das Berggesetz zu nennen, das ausdrücklich verlangt, daß alle Bergbeamten polnische Staatsbürger und der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein müssen. Dies bedeutet eine Benachteiligung alter verdienter ober-schlesischer Bergbeamten. Die Gültigkeit dieser Bestimmungen des beabsichtigten Gesetzes muß daher verhindert werden. Ein anderer wichtiger Gesetzesentwurf ist das Tarifvertragsgesetz. In diesem steht aber der Zwangsabschluss von Tarifverträgen, wie er bisher in Oberschlesien gültig war. Weiter besteht die Absicht ein Arbeitsinspektionsgesetz und ein Krankenkassen- und Invalidenversicherungsgesetz einzuführen. Auch hier müssen die Gewerkschaften aufpassen, um etwaige Verschlechterungen zu vermeiden. Auch diesem Redner wurde sehr lebhafter Beifall gezollt. Der Kollege Peshka legte nachstehende Resolution zur Annahme vor, die auch einstimmig erfolgte:

„Die Delegierten erkennen an, daß die Sozialgesetzgebung Polens in den letzten Jahren einen Fortschritt erfahren hat. Sie befürchten aber, daß dieser Fortschritt mit den Bedürfnissen der arbeitenden Schichten und speziell der Angestellten-schaft nicht Schritt hält. Die gesetzgebenden Körperschaften, vornehmlich der Sejm der Republik Polen, sowie der schlesische Sejm müssen noch mehr als bisher der sozialen Gesetzgebung Beachtung schenken. Was die einzelnen gesetzgebenden Arbeiten auf dem Gebiete der Sozialpolitik betrifft, haben die Delegierten des Bundestages folgende Wünsche und Forderungen den gesetzgebenden Instanzen zu unterbreiten.

Das Urlaubsgesetz, welches in ganz Polen gilt, ist im ober-schlesischen Teil der Woiwodschaft Schlesien bis heute noch nicht in Kraft getreten. Gerade die ober-schlesische Angestellten-schaft hat einen Anspruch darauf, trotz ihrer schwerindustriellen Arbeit nicht schlechter behandelt zu werden, als die Angestellten des übrigen Polen. Es wird deshalb mit Nachdruck gefordert, daß umgehend auch eine gesetzliche Regelung des Urlaubs in Polnisch-Oberschlesien Platz greift. Allerdings muß hierbei Wert darauf gelegt werden, daß die Benachteiligungen der Verkäufer und Verkäuferinnen, wie sie das Urlaubsgesetz bisher vorsieht, fortfallen. Auch diese Angestellten müssen als geistige Arbeiter angesehen werden.

Das Berggesetz, welches seit längerer Zeit projektiert wird, soll auf die bestehenden Verhältnisse in Polnisch-Oberschlesien Rücksicht nehmen. Wir verlangen, daß Disqualifikationen von Bergbau-Angestellten nicht mit einer bestimmten Absicht erfolgen. Im neuen Gesetz ist bezüglich der Beherrschung der polnischen Sprache auch auf die polnisch-oberschlesischen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Für Streitigkeiten aus dem Berggesetz, soweit sie die Angestellten-schaft betreffen, ist wieder der Bergaus-schuh einzuführen.

Das Tarifvertragsgesetz darf nicht eher in Polnisch-Oberschlesien Rechtskraft erhalten, als bis nicht der Grundsatz des Abschusses von Zwangstarifen darin verankert ist. Entsprechende Schiedsinstanzen, wie sie bereits bei uns existieren, müßten gleichfalls in den Gesetzesentwurf hineingearbeitet werden.

Das Angestelltenversicherungsgesetz muß vornehmlich dahin eine Abänderung erfahren, als die Rechte der

## Königshütte und Umgebung

### Keine städtischen Wohnungszuweisungen mehr.

Nachdem den Gemeinden und Städten die Verpflichtung der Wohnungszuweisungen genommen wurde, weist der Magistrat auf folgendes hin: Der Hausbesitzer besitzt das Recht, sich den Mieter selbst zu wählen, und zwar während der ersten 14 Tage nach dem Freiwerden der Wohnung. Das Freiwerden der Wohnung muß binnen 14 Tagen dem Magistrat (Wohnungsbüro) schriftlich angemeldet werden. Gleichzeitig muß der Mieter benannt werden, mit dem der Mietvertrag abgeschlossen werden soll. Hierbei sind auch die näheren Umstände anzugeben, die den Mieter mit den Interessen der Gemeinde oder der Stadt verbinden (Beruf, unbewegliches Eigentum usw.). Der Magistrat entscheidet über die Mietverträge bzw. Anträge und kann die Genehmigung zum Bezuge der Wohnung verweigern. Im Verweigerungsfalle kann sich der Hausbesitzer einen anderen Mieter wählen. Wird auch im zweiten Falle keine Genehmigung erteilt oder die Anmeldepflicht verspätet, so geht das Verfügungsrecht über die freigewordene Wohnung auf den Magistrat über. In diesem Falle steht dem Hausbesitzer beim Miet-einigungsamt das Einspruchsrecht binnen drei Tagen zu. Ueber freigewordene Wohnungen von öffentlichen Beamten verfügt der Magistrat, die Anmeldung solcher Wohnungen muß beim Magistrat während drei Tagen erfolgen. Gegen diese erfolgte Zuweisung eines Beamten, steht dem Hausbesitzer wiederum beim Miet-einigungsamt binnen drei Tagen das Recht des Einspruchs zu. Nach Anfrage des Magistrats bei der vorgesetzten Behörde zwecks Benennung eines Beamten, muß dieselbe binnen acht Tagen erfolgen. Alle Anträge von Wohnungsuchenden an den Magistrat, um Zuweisung einer Wohnung sind zwecklos, mit Ausnahme der öffentlichen Beamten und auch nur dann, wenn Wohnungen von solchen freigemacht werden. Personen, die ohne vorherige Genehmigung des Mietvertrages eine Wohnung besetzt haben, können aus derselben von Amtswegen wieder entfernt werden, ohne eine andere Wohnung zu erhalten. In allen Fragen, wie Vorlegung der Mietverträge, Zuweisung von Wohnungen von öffentlichen Beamten usw., wende man sich an das Wohnungsbüro im Rathaus, Zimmer 31, das in den Vormittagstunden seine Tätigkeit ausübt.

**Betriebsratswahlen.** Am 16., 18. und 19. Mai d. Js. finden auf der Gräfin Lauragruhe die diesjährigen Betriebsratswahlen statt. Zur Wahl wurden vier Kandidaten vorgeschlagen eingereicht.

**Unfall.** Am Montag früh wurden dem in der Bräudenbauanstalt beschäftigten Transportarbeiter Emil Czerek beim Auflegen von Winkleisen drei Finger der linken Hand abgeglagen. Nach Anlegen eines Notverbandes wurde Cz. mittels Krankenwagens in das Knapp-schaftslazarett überführt.

**Wer sind die Eigentümer?** In der Polizeidirektion Königshütte wurden als gefunden abgegeben, ein goldener Trauring, ein Gebund Schlüssel und ein Herrenhut. Genannte Fundstücke können in der Polizeidirektion, Zimmer 8, von den Eigentümern während den Dienststunden in Empfang genommen werden. — Bei Jaromina an der ulica Graniczna 10 (Grenzstraße) ist ein zugelaufener dunkler Wolfshund abzuholen.

## Schwientochlowitz u. Umgebung

**Schleifengrube.** Am Sonntag, den 6. d. Mts. vormittags 10 Uhr fand hier die fällige Monatsversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Der Leiter der Zählstelle Kamerad Orzal eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt, welche von der Versammlung angenommen wurde. Nach Verlesung des Protokolls von der vorherigen Versammlung erteilte der Vorsitzende dem Referenten Kam. Rymann das Wort, welcher über das Betriebsrätegesetz und dessen Handhabung sprach. Er wies ferner darauf hin, daß auf der Schleifengrube neue Betriebsrätewahlen am 7. und 8. d. Mts. stattfinden, er forderte die Kameraden auf an der Wahl teilzunehmen und ihre Stimme auf die Liste der deutschen freien Gewerkschaften abzugeben. Ueber diesen Punkt entspann sich eine Diskussion und alle Diskussionsredner waren der Ansicht, daß man die Wahlen der Betriebsräte fördern müsse. Zum Schluß gab Kamerad Rozalski einen Bericht von der Konferenz der Gewerkschafts-Funktionäre in Königshütte. Daraufhin schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem üblichen Bergmannsgruß.

Altversicherten eine gerechtere Berücksichtigung erfahren. Es geht nicht an, daß Altversicherte gegenüber den Neuwesicherten sich in der Berechnung der Rente schlechter stellen sollen. Der Afabund beauftragt im Einvernehmen mit den übrigen Angestellten-Organisationen entsprechende Vorschläge der Regierung zu unterbreiten. Außerdem ist das rentenbezugsfähige Alter vorläufig von 65 auf höchstens 60 Jahre herabzusetzen. In der Angelegenheit der Finanzpolitik innerhalb der Versicherungsanstalten wird restlose Selbstverwaltung gefordert.

Das Dienstvertragsgesetz, welches auch in Polnisch-Oberschlesien Rechtskraft erhalten soll, muß gleichfalls bestehende gesetzliche Vorschriften, die gültiger sind, berücksichtigen. Wir verlangen vor allen Dingen, daß die Kündigung eines Angestellten nur zum Ende des Quartals erfolgen darf.

Die Delegierten des Afabundes erwarten, daß die Leitung der Organisation nichts unversucht läßt, um diese Forderungen im Interesse der Gesamt-Angestellten-schaft gegenüber den Behörden und den gesetzgebenden Körperschaften zu vertreten. Von den Behörden selbst erwarten sie, daß die Wünsche der ober-schlesischen Angestellten-schaft besonders berücksichtigt werden.

Anschließend an das Referat wurden einige Fragen an den Kollegen Peshka gestellt, die dieser auch sofort beantwortete. Daraufhin wurden verschiedene Satzungsänderungen vorgenommen und Anträge erledigt. Unter Punkt Verschiedenes lag wesentliches nicht mehr vor.

Damit hatte der Bundestag nach 7 Uhr abends sein Ende erreicht. Er hatte von früh 9 Uhr mit einer einstündigen Mittagspause, also 9 Stunden gedauert. Er brachte den Beweis, daß der Afabund Polnisch-Oberschlesiens nach wie vor führend nicht nur in der Angestelltenbewegung Polnisch-Oberschlesiens, sondern der Angestelltenbewegung in ganz Polen ist. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband durch den Kollegen Lange wurde der Bundestag geschlossen. Bis spät abends blieben aber die Kollegen mit ihren Angehörigen noch in den gastlichen Räumen des Bundeshauses zusammen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Selmerich, wohnhaft in Kattowitz; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Kattowitz. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. oap., Kattowitz; Druck: „Vita“, naklad drukarski, Sp z ogr. odp., Kattowitz. Kosciuszki 29.



# Der erste Raketenflug schon im Mai



**Der erste Raketen-Mensch**

Anton Raab, Chefpilot der Raab-Ragenstein-Werke, wird das erste Raketenflugzeug steuern, das durch die Rückstoßwirkung brennender Raketen in ungeahnte Höhen geschleudert werden soll. Die Wahl der Opelwerke, die das Versuchsflugzeug bauen lassen, ist unter Hunderten von Bewerbungen deshalb auf Raab

gefallen, weil dieser eine besondere Versteifung der Flugzeugtragflächen erfunden hat, die den Tragflächen die notwendige Festigkeit gegenüber dem durch die Schnelligkeit außerordentlich erhöhten Luftwiderstand geben soll.



Zu dem Raketenflug wird ein Leichtflugzeug der Raab-Ragensteinwerke vom Typ „RA 9 Grassmide“ (im Bilde) verwandt werden. Diese Maschine, die ein Leergewicht von nur 250 Kilogramm hat, wird durch ein besonderes Spantensystem verstärkt und erhält statt des Motors einen Raketenkörper, der vom Führer selbst aus betätigt wird. Das Flugzeug soll mit einer Anfangsgeschwindigkeit von 50—60 Kilometern starten und dann eine Beschleunigung bis zu 400 Kilometern erreichen. Der erste

Flug, der bereits in etwa 3 Wochen stattfinden soll, hat den Zweck, die meteorologischen Verhältnisse in einer Höhe von 10 000 Metern zu untersuchen.



Ingénieur Sander, der Erfinder und Hersteller der Raketen, die für das Raketenflugzeug benutzt werden.

## 4. Parteitag der D. S. A. P.

Lodz, den 6. Mai.

Bei einer Beteiligung von über 80 Delegierten fand am 5. und 6. Mai der Landesparteitag der deutschen Genossen Kongresspavillon im Gemeinderatsaal in Lodz statt.

Das Podium ist mit Blumen geschmückt. Rote Fahnen wehen über dem Podium. Inmitten das Porträt Karl Marx's. Der für Gäste bestimmte Raum ist voll besetzt und lebendig das rege Interesse für die Beratungen des Parteitages.

Vor Eingang in die Beratungen ertönen die Klänge der „Internationale“, gesungen vom Lodzer Arbeiterchor.

Sobald eröffnete der Vorsitzende Gen. Abg. Kronig den Parteitag. Er weist auf die Aufgaben des Parteitages hin, worauf ein Präsidium, bestehend aus den Gen. Kronig, Klein und Fischer, gewählt wird.

Nunmehr ergreift der Gen. Dr. Glücksman stürmisch begrüßt, das Wort, um im Namen des schl. Parteiteiles und im Namen der Parteileitung den Parteitag zu begrüßen und zu beglückwünschen. Gen. Dr. Glücksman führte in seiner Begrüßungsrede was folgt aus:

**Werte Genossen! Genossen!**

Zum zweiten Mal fällt mir die mich ehrende Aufgabe zu, Ihnen Parteitag im Namen der schlesischen Genossen, wie auch im Namen aller unserer Parteikörperschaften herzlichst zu begrüßen.

Es ist unser aller Wunsch, daß Ihre Parteitageberatungen und Beschlüsse im Interesse der D. S. A. P., im Interesse der ganzen Arbeiterbewegung Polens, von Erfolg begleitet sein mögen.

Ich möchte eine Frage nicht unerwähnt lassen, die uns in unserem Parteileben am meisten interessiert, nämlich die Frage des im Jahre 1925 beschlossenen und proklamierten, jedoch noch nicht vollzogenen Zusammenschlusses.

Allerdings bildet in diesem Belange nicht die Form, sondern der Inhalt die Hauptfrage. Ich sehe mich genötigt, festzustellen, daß wenn auch der Form nach der Zusammenschluß noch nicht als vollzogen betrachtet werden kann, so ist dennoch ein bedeutender, praktischer Fortschritt zu verzeichnen.

Wir haben gemeinsam in einem sozialistischen Lager, die Wahlkämpfe geschlagen. Für Sie mit praktischem Erfolg, der Ihnen die Erhaltung des früheren Bestandes an parlamentarischen Vertretern sicherte, für uns mit einem Mißerfolg.

Ferner hat der gemeinsame Parteivorstand in seiner letzten, in Bielitz abgehaltenen Sitzung beschlossen, daß die in Lodz gewählten Abgeordneten als Vertreter der ganzen Partei zu gelten und gemäß den Beschlüssen des gemeinsamen Parteivorstandes ihre Sejmpolitik zu betreiben haben.

Diese beiden Ereignisse sind von hervorragender Bedeutung.

Mehr als alle theoretischen Voraussetzungen schmieben Parteien gemeinsam geschlagene Schlachten, gemeinsame Taktik.

Nunmehr können wir mit Genugtuung auf gemeinsame, einheitlich geschlagene politische Kämpfe hinweisen, die uns bis zur Gestaltung einer gemeinsamen Sejmvertretung führten.

Jetzt ist die Frage der Vereinigung eine rein formelle Sache, doch hoffe ich sowohl in Eurem wie in unserem Namen erklären zu können, daß nunmehr es uns leicht fallen wird, die bestehenden Hindernisse zu beseitigen und endlich den Zusammenschluß herbeizuführen.

Ich glaube — ohne Ueberschätzung — versichern zu können, daß nicht mehr weit entfernt jener freudige Tag ist, der uns nicht nur unter einer roten Fahne, sondern auch geschlossen in einer einheitlichen Parteiorganisation erblicken wird.

Nachdem ich auch Mitglied der gemeinsamen Parteileitung bin, sehe ich mich genötigt, auf die Bedeutung eines sozialistischen Parteitages — mindestens in einigen Strichen — hinzuweisen.

Wir haben Rückschau zu halten!

Wir haben den Weg für die Zukunft zu zeichnen!

Die Rückschau ist befriedigend! Organisatorisch ist Ihre und unser Parteiteil gewachsen. — Wir haben nun weiter mit den Bruderparteien, der P. P. S. und dem Bund, eine gemeinsame Sprache in der Form des wenigstens örtlich gemeinsam getätigten Wahlkampfes gefunden.

Wir sind von der Ueberzeugung beseelt, daß fernere soziale und politische Erfolge nur durch eine geeinigte Sozialdemokratie erzielt werden können. Aber auch die national-kulturellen Forderungen der nationalen Minderheiten haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn wir eine Unterstützung seitens der polnischen Demokratie gewärtigen können.

In gemeinsamen Wahlkämpfen mit der P. P. S. ist eine Annäherung an die polnische Demokratie erzielt, somit ein Fortschritt für die Lösung des Nationalitätenproblems erzielt worden —

Die Rückschau ist daher zufriedenstellend — für die Zukunft hat der Parteitag Richtlinien zu geben.

Hierbei dürfen wir nicht vergessen, daß wir einen integralen Bestandteil der Soz. Arbeiterinternationale bilden, daß wir unsere Beschlüsse im Rahmen der Bestrebungen dieser Internationale halten müssen, daß wir unser Tun und Wirken, ebenso wie unsere Beschlüsse dem allgemeinen Siegesaufstiege der internationalen Arbeiterbewegung unterordnen müssen.

Dies müssen wir uns vor Augen halten und dann werden auch unsere Beschlüsse von gedeihlichem Erfolge für die Arbeiterbewegung begleitet sein. In diesem Sinne entbiete ich Ihnen nochmals die Grüße der schlesischen Genossen, und seien Sie überzeugt, daß sie der Übereinkunft entspringen, dem Verlangen, mit geeinten Kräften, in vereinigten Reihen für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die nationale Gleichberechtigung den Kampf zu führen.

Die Rede des Gen. Dr. Glücksman wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Nach Annahme der Beratungsordnung, nach der Wahl der Mandatsprüfungskommission, einer Beschwerdeprüfungskommission, einer Redaktions- und Vorschlagskommission, ergreift der Parteivorstand Gen. Kronig das Wort, um den Tätigkeitsbericht des Hauptvorstandes zu erstatten. Gen. Kronig führt aus: Unsere Parteileitung ist vor zwei Jahren im Juni gewählt worden.

Im Laufe dieser Zeit sind Ortsgruppen und zwar in Gostynin, Lodz-Dt., Hajny und Ruda Babionowska gegründet worden. Versuche, weitere Ortsgruppen zu errichten, insbesondere in Bialystok, sind mit teilweiseem Erfolg unternommen worden. Gesamtzahl der Ortsgruppen beträgt 16. Die Mitgliederzahl beträgt 3 101, allerdings läßt die Beitragsentrichtung viel zu wünschen übrig.

Hierauf folgt der Bericht über die abgehaltenen politischen Versammlungen, über die kulturelle Tätigkeit, die teils in Vorlesungen, teils in der Errichtung und Leitung von Bibliotheken bestand. Bei allen Lokalorganisationen sind Jugendgruppen gegründet worden.

In der Berichtszeit wurde eine Neuorganisation der Beitragsleistung mit einem bedeutenden Erfolg für das Kasernenwesen durchgeführt worden, wofür der Dank dem Kasernenwart gebührt.

Laut Beschluß des 3. Parteitages waren wir verpflichtet, ein ständiges Parteisekretariat zu errichten. Es werden für diesen Zweck zwei Funktionäre angestellt, die aber nicht die politischen Aufgaben zu erfüllen hatten, sondern die Rechtsberatung erteilten.

Mit hervorragendem Erfolg haben wir das 5jährige Jubiläum organisiert, bei dem die anwesenden Abg. Löbe und politische Soz. Abgeordnete eine Demonstration für den Völkerfrieden veranstaltet haben.

In der Berichtszeit haben wir erfolgreiche Kommunal- und Sejmwahlen durchgeführt. Besondere Bedeutung hatte für uns das Wahlbündnis mit der P. P. S. und östlich mit dem „Bund“.

Wir haben seit jeher eine Annäherung an die P. P. S. und die Soz. Parteien der Minderheiten gesucht. Schon Anfang 1927 haben wir in einem gemeinsamen Konferenz der D. S. A. P., der P. P. S. und des „Bund“ einen gemeinsamen Wahlblock vorgeschlagen. In unserem Namen hat diesen Vorschlag Gen. Dr. Glücksman referiert und verlangte rasche Antwort. Wir warteten lange vergebens. Wir haben ferner Konferenzen mit den S. D. Parteien der Minderheitsvölker abgehalten, sind sogar an die Ausarbeitung gemeinsamer Plattform herangetreten. Leider endeten diese Konferenzen ohne konkreten Erfolg.

Nun stand vor uns offen die Frage, mit wem wir uns blockieren sollen, um der Partei eine parlamentarische Repräsentation zu sichern.

Kurz vor den Wahlen trat die P. P. S. an uns mit dem Vorschlag heran, einen Wahlblock zu schließen. Bedauerlich ist es, daß die Wahlblockverhandlungen gesondert durch uns, gesondert durch die schl. Genossen mit der P. P. S. geführt wurden.

Bekanntlich haben wir bei diesen Sejmwahlen zwei Mandate erobert, die trotz deren schändlichen, persönlichen Kampfes, der seitens der Deutsch-Bürgerlichen gegen unsere Kandidaten geführt wurde.

In den Gemeinden, wo wir Lokalorganisationen besitzen, sind wir durch 38 Stadtverordnete der D. S. A. P. vertreten. Die Kommunalpolitik bürdet uns schwere Aufgaben auf. Zur Orientierung und Ausbildung in Angelegenheiten der Kommunalpolitik haben wir eine Selbstverwaltungskommission ins Leben gerufen. Sie befindet sich im Anfangsstadium und es wird Pflicht der nächsten Parteileitung sein, auf das Problem der Kommunalpolitik großes Gewicht zu legen.

Einen wichtigen Zweig unserer Parteitätigkeit bildet unsere Arbeit in den Krankenkassen, welcher wir aber leider — in An-

betracht der Inanspruchnahme für andere Tätigkeitsgebiete — zu wenig Aufmerksamkeit widmen.

Zwecks Förderung der kulturellen Arbeit haben wir einen Kultur- und Bildungsausschuß und eine Kunststelle gebildet. Auch dieses Gebiet erfordert eine tiefere Steigerung.

Im Laufe der Berichtszeit kam es zu einer Vereinigung der Jugendverbände von Lodz und Schlesien.

Die Bildung von Frauenorganisation ist im Entstehen begriffen.

Mit besonderer besonderer Genugtuung weist Gen. Kronig darauf hin, daß der Beschluß des 2. Parteitages, der die Gründung einer deutschen Textilgewerkschaftsabteilung der Parteileitung zur Pflicht auferlegte, im Laufe der letzten zwei Jahre verwirklicht wurde und daß auf dem gewerkschaftlichen Gebiete bereits namhafte Erfolge zu verzeichnen sind.

Wir haben Beziehungen zur P. P. S. und der Deutschen Sozialdemokratie unterhalten. Die gemeinsame Plattform, die wir mit der P. P. S. in national-kulturellen Belangen in der Form eines Manifestes erlassen wurde, bedeutet für uns einen erfreulichen Erfolg.

Die Beziehungen zum schl. Teil der D. S. A. P., wie dies bereits Gen. Dr. Glücksman unterstrichen hat, — hat durch den gemeinsamen Wahlkampf, durch die gemeinsame parlamentarische Repräsentanz, einen bedeutenden Aufschwung nach vorwärts erfahren. In der letzten Sitzung des gemeinsamen Parteivorstandes, abgehalten in Bielitz, wurde beschlossen, daß der Einigungstreff im Herbst in Lodz stattfinden wird. Wir bitten den Gen. Dr. Glücksman die Versicherung entgegenzunehmen, diese an die schlesischen Genossen weiterzuleiten, daß wir bereit sind, alle Hindernisse zu beseitigen, um die endgültige Vereinigung aller Parteiteile der D. S. A. P. herbeizuführen.

In weiterer Folge erstattet Gen. Ewald den Kasernenbericht, worauf Gen. Sachs, Vorsitzender der Kontrollkommission, über die durchgeführte Bücherrevision den Bericht erstattet und nachher den Antrag auf Erteilung der Entlastung der abtretenden Parteileitung stellt.

Vor Eingang in die Debatte über die erstatteten Berichte liest der Parteivorstand eine ganze Reihe von Anträgen vor, die seitens der Lokalorganisationen dem Parteitage schriftlich vorgelegt wurden.

Um 8 Uhr abends werden die Beratungen abgebrochen, damit den Kommissionen die Gelegenheit zu den ihnen obliegenden Beratungen gegeben wird.

## Interessantes aus aller Welt

**Die Schule des Offens**

Zur Eröffnung der Ernährungs-Ausstellung in Berlin  
Anschauungsunterricht.

Die Ausstellung des Berliner Messe-Amtes „Die Ernährung“ ist dieser Tage durch Oberbürgermeister Böß feierlich eröffnet worden.

Jedesmal, wenn ich das Wort „Ernährung“ höre, fällt mir ein Satz ein, den ich in irgendeiner Reisebeschreibung gelesen habe. „Die Eingeborenen ernähren sich von Hirse und kaltem Hammeltalg.“ Man stelle sich das vor! 70 Jahre mittags und abends Hirse und Hammeltalg. Was mögen das für Menschen sein, da hinten in Tibet oder wo es gerade war! Fanatiker der der Hirse! Fatire des Hammeltalgs! Und was für Gefährter würden sie schneiden, wenn sie durch die Hallen, Pavillons und Kojen dieser riesigen Berliner Ausstellung wandern könnten.

Sie müßten zugeben, daß sie arme, unwissende Narren sind, denn selbst den gebildeten Mitteleuropäer faßt ein beschämendes Gefühl, wenn er diesen Mikrokosmos der Kohlköpfe und Hühner-eier, der Fett Herzen und Leberverfälschungen, der Fruchtessenzen und Prälinees staunend besichtigt. Es ist, als nähme man zum erstenmal im Leben eine Parade über sich selbst ab. Wie sieht es mit dem Blutkreislauf, der Atmung, den Magendrüsens? Wie mit den Kalorien und Vitaminen? Was hast du getan, um deinen inneren Menschen in anständiger Verfassung vorzuführen zu können?

Gute Lehren sind meistens trocken und anatomische Details verursachen meist eine gelinde Uebelkeit. Wer sieht denn schließlich gern eine Säuerleber? Wer die Ausstellung am Kaiserdamm in Berlin ist durchweg so sauber und appetitlich, so witzig und amüsant, daß das Hinabsteigen in die eigenen Eingeweide zum sonntäglichen Vergnügen wird. Sie ist — ohne Einschränkung gesagt — eine Musterleistung an Intelligenz und Anschaulichkeit. Betritt man die Halle, sieht man gleich rechts hinter dem Vorraum rote Blinksignale. „Kein Uebergang“, denkt der gehörjame Fußgänger. Nein! Normale Herzstätigkeit in Ruhe an mittelschwerer Arbeit. Man kann, Hand am Puls, einwandfrei feststellen, ob man ein normaler Mensch ist. Und so, nicht lebhafte mit aufgehobenem Zeigefinger, sondern mit originellen



Einfällen, ist die ganze Ausstellung. Ein modernes Panoptikum für moderne Menschen.

Es wäre interessant, einmal im einzelnen zu zeigen, wie die junge, frisch und scharf zupackende Reklame des zwanzigsten Jahrhunderts, wie ihre zielbewusste Arbeit mit großen Linien und starken Farben die Uebermittlung von reinem Gedankengut entscheidend beeinflusst hat. Es ist kein Zufall, daß in dieser Ausstellung Hunderte von Plakaten hängen. Plakate, die nicht anpreisen wollen, die lediglich eine Tatsache illustrieren. Zum Beispiel die Tatsache, daß Wurst die geringsten, Walnüsse, grüne Erbsen und Bohnen die größten Abfallmengen ergeben. Oder daß von den Berliner Verkehrsmitteln täglich zur Mittagszeit rund 1½ Millionen Menschen befördert werden. Daneben plastische Gruppen. Etwa die Kalorienverbraucher, aus rotem Ton pyramidenförmig aufgebaut. Zu oberst der Fußballspieler, der 6000 Kalorien pro Stunde benötigt, zu unterst die „müßige Frau“, die sich in der gleichen Zeit mit 1820 behilft. Oder geschichtliche kombinierte Gruppen. Was kesseln die Haustiere? Jedes hat seine direkten oder indirekten Produkte um sich versammelt, und man erfährt auf diese Weise, daß wir dem Geflügel außer Fleisch und Eiern auch noch Zahntöcher, bunte Federräder für Kinder, Hämatogen und Gierkognat verdanken, und daß die Ziege Gelatine-Beizeugen, Seifentöpfe und Christbaumschmuck liefert.

Amüsante Wirkungen lassen sich durch Licht erzielen. Es ist mir, ehrlich gesagt, ziemlich gleichgültig, welche frischen Gemüse in welchen Monaten zur Ernährung des kleinen Kindes zur Verfügung stehen, aber... habe trotzdem mit Vergnügen an einem großen rechteckigen Glaskasten erregert, der nach Einstellung eines Zeigers auf einem Zifferblatt der Monate Mohrrüben oder Schoten, Weißkohl oder Spinat in bunten Täfelchen ausglühen läßt. Man lernt hier „spielen“, und deshalb vergißt man es nicht so bald.

Der Referent, dem nur Stunden, nicht Tage zur Verfügung stehen, muß sich auf eine lose Uebersicht von Notizen beschränken. Es ist wie beim kalten Büfett. Man kann nicht alles auf einmal essen. Nebenbei: ein kaltes Büfett ist auch da. Im Stil des 16. Jahrhunderts. Da gibt es eine „Lauber-Pasteten wie ein Kopff von Widjau“, auf deutsch: eine mit glasierten Lorbeerblättern bedeckte Wildpastete. Und daneben stehen eine andere Pastete, der der Küchenmeister anno 1550 die Form einer Schildkröte (Schildkröte) zu geben pflegte und als Dessert ein „hoher Thurn-Dorten“ (turnförmige Dorte). Im Nebenabteil eine bezaubernde Sammlung alter Speisekarten. Darunter ein hübsches Menü, bei dem die verschiedenen Gänge so angeordnet sind, daß sie das Monogramm des Monarchen ergeben. An den Wänden gastronomische Landarten, aus denen zu ersehen ist, daß in der Gegend von Leipzig Kagenzungen und in der Gegend von Passau Specknidel besonders beliebt sind, und daß die Australier Spinnen, Raupen und Fledermäuse verspeisen, während die Miaten Kagenpfoten und Delpnine verzehren.

Alles, was ich hier beschrieben habe, steht in Halle 1, „Wissenhaft“. Dann kommen noch Halle 2, in der die Technik an der Arbeit ist (der größte Badofen Europas wirft vor den Augen des Zuschauer ununterbrochen Brote aufs laufende Band). Halle 3 die die Hausfrau angeht, und Halle 4: Sonderausstellung „Die Milch“. Und draußen im Freien gibt es noch einen Früchte-Willon, eine Sammlung von Feldfrüchten und Proviantwagen, Zuchthäuser für Rindern, Enten usw. und ein Wochenenzhaus mit der „Auh des kleinen Mannes“, gemeinhin Ziege genannt.

Außer den großen Zusammenhängen kann man allenthalben interessante Details erfahren. Zum Beispiel den wahren Ursprung Speisezettels des Napoléons „Preussischer Adler“, der 1844 in England als Postdampfer für die preussische Regierung erbaut und später zum Kriegsschiff umgewandelt wurde. Oder den Verdegang eines Viktors. Oder Antwort auf die Frage: „Wie verwende ich am zweckmäßigsten drei Mark für die Ernährung meines Kindes?“ Auch Filme werden gezeigt. Ich nenne nur zwei Titel. „Unser täglich Brot“ und „Bachübungen beim deutschen Reichsheer“.

Diese große Berliner Sommerausstellung ist so gut, daß man sie in allen Teilen photographieren und als sicher sehr amüsantes Lehrbuch der Ernährung überliefern wird.

## Ein radiophotographisches Dokument

Die Radiophotographie gewinnt in Amerika eine stets wachsende Bedeutung. Im letzten Jahre wurden Scheds im Betrage von 50 Millionen Dollars auf radiographischem Wege übermittelt: Frachtbriefe, leihwillige Verfügungen, Kontrakte und Fingerabdrücke wurden drahtlos über den Ozean photographiert. Der dokumentarische Wert derartiger Photoradiogramme ist jedenfalls im geschäftlichen Leben unbestritten. Umso größeres Aufsehen hat es erregt, daß kürzlich in einer wichtigen öffentlichen Beurkundung ein Gericht in den Vereinigten Staaten ein Photoradiogramm nicht als vollgültiges Dokument anerkannt hat, indem es die Entgegennahme eines durch drahtlose Photographie übermittelten Protokolls ablehnte.

Mr. Straßburger aus Gwynedd Valley, Montgomery County in Pennsylvania hatte die Absicht, als Delegat an der großen für den demnächstigen republikanischen Nationalkongress in Kansas City zu kandidieren. Da Mr. Straßburger, der sich zur fraglichen Zeit in England aufhielt, nicht rechtzeitig nach Amerika zurück sein konnte, um das erforderliche schriftliche Einverständnis mit seiner Kandidatur fristgerecht einzureichen, gab er beim Konsul der Vereinigten Staaten in London diese Erklärung eidlich zu Protokoll und sandte dieses Dokument auf radiophotographischem Wege an die in Betracht kommende Stelle in Amerika. Das zuständige Gericht lehnte die Entgegennahme des Photoradiogramms ab, da es nur das Original dieser Beurkundung anerkennen könne. Selbstverständlich wird Mr. Straßburger gegen diesen Beschluß, der ihm die Wahl zum Delegierten unmöglich machen dürfte, Berufung einlegen, und man ist in Amerika mit Recht gespannt auf die Entscheidung, die für die Entwicklung der Radiophotographie immerhin bedeutsam ist.

## Ein Vaterschaftsschwindler

Auf der Anklagebank in Moabit bei Berlin sitzt ein Mann von etwa 35 Jahren, dem zur Last gelegt wird, von den verschiedensten Wohlfahrtsämtern eine Wochenbeihilfe erschwindelt zu haben. Im ganzen handelt es sich um elf verschiedene Fälle. Der Angeklagte ist seit Jahren arbeitslos. Mit seiner Unterstützung kommt er nicht aus. Stehlen und Rauben mochte er nicht. So kam er auf den Gedanken, den Magistrat, der nach seiner Meinung reich genug war, zu begaunern. Wie er das nun anstellte, zeigt von einer gewissen Intelligenz. Er ging auf das Standesamt und meldete mit peinlich verlegenem Ausdruck die Geburt eines unehelichen Kindes an, dessen Vater er sei. Er erhielt nunmehr ordnungsgemäß eine Geburtsurkunde und außerdem, da er seine Erwerbslosigkeit nachweisen konnte, eine Bescheinigung, die ihn dazu berechtigte, vom Wohlfahrtsamt eine Wochenbeihilfe von hundertfünfzig Mark in Empfang zu nehmen. Es ging somit alles in bester Ordnung, nur daß der richtig gemeldete, eingetragene und benannte Säugling in Wirklichkeit gar nicht existierte.

Eines Tages dachte aber auch der Magistrat an seine Pflichten und bestellte für den neuen Erdenbürger von amtswegen einen Vormund. Dieser rief die angegebene Mutter zu sich und fragte sie mit teilnehmenden Worten, ob mit dem Kleinen nun alles gut gehe, wer ihn erziehe, unter wessen Obhut er in Zukunft bleiben solle und manches andere mehr. Die betreffende „Mutter“ aber sieht den Beamten verständnislos an und erkundigt sich zunächst einmal, ob nicht ein Fehler vorliege. Aber nein, es stimmt alles. „Aber ich habe doch gar kein Kind! Was denken Sie denn eigentlich von mir? Für wen halten Sie mich?“ Ein Tränensturz der Scham und Enttäuschung folgt. Man stellte Nachforschungen an, und es ergab sich, daß der Mann auch in anderen Stadtteilen das gleiche Spiel getrieben und insgesamt elf jungen Erdenbürgern auf diese wirklich nicht alltägliche Art das Leben geschenkt hatte.

Da nach dem Gutachten des Sachverständigen dem Angeklagten trotz des scheinbaren Raffinements die nötige Einsicht gefehlt hatte und er zudem bemüht war, seine Verfehlungen wieder gut zu machen, fand der Pseudo-Vater gnädige Richter. Drei Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist lautete das Urteil.

## Gute Konalisten

Vor kurzem stattete der Kronprinz von Schweden nebst Gemahlin Göteborg einen offiziellen Besuch ab. In dieser Stadt der Seefahrer und Kaufleute gilt natürlich die strenge Regel, daß die schwedische Flagge niemals nach Sonnenuntergang und vor Sonnenaufgang gehißt sein darf. In der Nacht aber vor dem königlichen Besuch glaubte ein Possant etwas über dem Stadthause flattern zu sehen. Erstaunt fragte er einen Ordnungsmann, was für ein Vogel dort sein Wesen treibe. Als man ihm sagte, daß es eine Flagge sei, lachte der Nachtwandler verständnisvoll auf und meinte, die Behörde sei wohl nicht ganz auf der Höhe, da sie vergessen habe, die Flagge herunterzuholen.

„Nein, mein Herr“, antwortete der Ordnungsmann, „die Flagge ist gehißt, weil der Kronprinz frühmorgens ankommt.“ — „Scherz beiseite“, erwiderte der ordnungsliebende Bürgersmann, „vor Sonnenaufgang darf doch die Flagge nicht gehißt werden!“ — „So ist's auch!“ sagte der Hüter der Ordnung, „aber wir sind gute Konalisten, und wenn wir königlichen Besuch empfangen, dann kommt der König an erster, die Sonne an zweiter Stelle!“

## Rundfunk

Katowice — Welle 422.

Mittwoch, 16.20: Vorträge und Berichte. 17.20: Polnischer Sprachunterricht. 17.45: Literaturstunde. 18.55: Vorträge. 20.30: Konzert, übertragen aus Warschau. 22: Zeitzeichen und Berichte. Anschließend: Tanzmusik.

Krakau — Welle 422.

Mittwoch, 12: Wie vor. 16.40: Vorträge. 17.45: Stunde für die Jugend. 18.15: Uebertragung aus Warschau. 19.35: Vortrag. 20.30: Uebertragung aus Warschau, anschließend Konzertübertragung.

Wojen Welle 344,8.

Mittwoch, 13: Konzert. 17.20: Vortrag. 17.45: Kinderstunde. 18.25: Konzert. 19.15: Französischer Unterricht. 20.30: Konzert (russische Musik), anschließend Berichte und Tanzmusik.

Warschau — Welle 1111,1.

Mittwoch, 16: Vortrag über Schulreform. 16.40: Vortrag über Briefwechsel. 17.45: Kinderstunde. 18.15: Konzert. 19.35: Geograph. Vortrag. 20.30: Konzert, anst. verschiedene Berichte.

Gleiwitz Welle 329,7

Breslau 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Beruche und für die Funkindustrie auf Schallplatten. 12.55: Neuerer Zeitzeichen. 13.30: Zeitanzeige, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert für Beruche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Preisnachrichten. 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht anschließend Funkwerbung. 22.00: Zeitanzeige, Wetterbericht, neueste Preisnachrichten, Funkwerbung und Sportfunk. 22.15—24.00: Tanzmusik (Zwei- bis dreimal in der Woche).

\*) Außerhalb des Programms der Schlesienschen Funkstunde A-G

Mittwoch, den 9. Mai. 16—16.30: Stunde mit Büchern. — 16.30—18: Russische Melodien. — 18—18.25: Abt. Literatur. — 18.30—18.55: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 19.25—19.50: Stunde der Schlesienschen Monatshefte. — 19.50—20.30: Der Malerdieter Hans Fehner. — 20.30: Sinfoniekonzert.

## Verjammungskalender

Katowice. Der Vorstand des Ortsvereins Katowice der D. S. A. P. hält seine Sitzung am Mittwoch, den 9. Mai, abends 7½ Uhr, im Parteibüro ab. Vollzähliges Erscheinen aller Vorstandsmitglieder dringend erwünscht.

**Dr. Oetker's**  
Fabrikate

sind Glanzleistungen küchenchemischer Er-rungenschaften u. werden von erfahrenen Haus-frauen als Perlen im Küchenschatz bezeichnet.

Die bekanntesten Marken sind:

- Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
- Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
- Dr. Oetker's Pudding-Pulver
- Dr. Oetker's „Gustin“
- Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver
- Dr. Oetker's Rote Grütze
- Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

u. s. w.

**Dr. A. Oetker**  
Bielefeld.

**PALMA**  
KAUTSCHUK - ABSATZ  
UND - SOHLE  
WETTERFEST - ELASTISCH -  
HYGIENISCH

**Bevers Mode Führer**

mit Schnittbogen  
der 20 der wichtigsten Schnitt enthält

Wieder 2 Bände

Band I  
Damenkleidung

Band II  
Jugendkleidung  
und Kinderkleidung

Verlag  
Otto Beyer,  
Leipzig-L.

# Aiboril

das selbsttätige  
**Waschmittel**  
macht ohne Schweiss  
die Wäsche  
blendend weiss

**DRUCKSACHEN**  
FÜR DEN GESCHÄFTSVERKEHR

Rechnungen, Quittungen, Briefbogen, Postkarten, Kouverts, Kassablocks, Formulare fertigt in kürzester Frist

**„VITA“ NAKŁAD DRUKARSKI**  
KATOWICE, ULICA KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097

Wir bitten, Inserate möglichst rechtzeitig in der Geschäftsstelle aufgeben zu wollen.